

forum

WAS TUN NACH COP 26



So darf es nicht weitergehen, liebe Kolleg*innen!

Denn im Zeitraum 1994 bis 2017 hat das Eis der Erde die unfassbare Menge von 28 Billionen Tonnen verloren. Das entspricht einem gigantischen Eisklotz in der Größe der britischen Inseln – mit einer Höhe von 100 Metern! Das Tempo der Eisschmelze nimmt dabei immer mehr an Fahrt auf. Während in den 1990er-Jahren noch ein Rückgang der Eisdecke von 0,8 Billionen Tonnen festgestellt wurde, waren es 2017 schon 1,2 Billionen Tonnen. Der Grund besteht zu zwei Dritteln aus steigenden Lufttemperaturen und zu einem Drittel aus den wärmer werdenden Ozeanen, so die Wissenschaftler*innen der Universität Leeds, die zu diesen Ergebnissen gekommen sind.

Stellt sich die Frage, was die Wirtschafts- und Weltenlenker*innen tun, um das Drama abzuwenden, einzudämmen oder wenigstens abzumildern. Ihr letztes Treffen, das Anfang November vergangenen Jahres in Glasgow stattfand und als COP26 bekannt wurde, war ein sprichwörtlicher Schlag ins Wasser. Dazu finden sich ausführliche Einordnungen, Schlussfolgerungen und Ideen in der Rubrik TITEL.

Der Teil der Energiebranche, der sein Geld mit fossilen Brennstoffen verdient, hat eine ganze Armada aus über 500 Lobbyist*innen nach Glasgow geschickt und stellte somit die größte Delegation – größer als jedes Land dieser Erde. Stattdessen sollten sich die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegungen auf globaler Ebene für eigene Klima-Aktionskonferenzen und für betriebliche Aktionen einsetzen, die mit der gesamten Klimabewegung (z.B. FFF) in Verbindung stehen müssen. Den größten politischen Druck erzeugt man nach wie vor mit ökonomischem Druck. Und für den können die Beschäftigten mit Wucht sorgen, wenn sie koordiniert vorgehen.

Eine ganz ähnliche Wucht muss auch auf ganz anderer Ebene erzeugt werden. Denn das, was da bei der letzten TV-L-Runde herausgekommen ist, ist für viele inakzeptabel. Dazu bietet die eigens eingerichtete Rubrik TV-L einen ganzen Reigen an Informationen und unterschiedlichen Ansätzen.

Bleibt festzuhalten: Von selbst ändert sich nichts. Das müssen wir schon selber tun! Und was Wahlen bewirken können, sehen wir jetzt gerade (oder auch nicht) ...

Wie unser Kölner GEW Stadtverband (StV) vorgeht, ist auch den Anträgen zum LandesGEWerkchaftstag zu entnehmen, die sich verstreut in den Rubriken TITEL und TV-L sowie noch einmal auf einen Blick in der Rubrik AUS DEN GREMIEN finden. Die GEW NRW wird vom 19. bis 21. Mai auch über diese Vorschläge diskutieren und beschließen, wenn die rund 400 Gewerkschaftstagsdelegierten in Wuppertal zusammenkommen.

Wir wünschen ihnen wie auch euch bei eurem Tun und Handeln in euren Einrichtungen und Bereichen den größtmöglichen Erfolg!



Ihr könnt das „forum“ auch als digitale Version per E-Mail beziehen (schickt dazu einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de) oder nach Erscheinen den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nutzen.

Termine unserer nächsten forum-Ausgaben:

Ausgabe 2/2022
Redaktionsschluss: 06.05.2022
Erscheinungstermin: 13.06.2022

Ausgabe 3/2022
Redaktionsschluss: 17.06.2022
Erscheinungstermin: 05.09.2022

Ausgabe 4/2022
Redaktionsschluss: 28.10.2022
Erscheinungstermin: 05.12.2022

forum 1-2022

KALENDERBLATT

Hinweis zur Einkommenssteuer	4
KONTAKTE	
Gremien zum Mitmachen	5
IN KÜRZE	
Neue stellv. Landesvorsitzende	6
TITELTHEMA	
Was tun nach COP26?	7
Kölner Klima-Anträge	13
TV-L	
Unser Kampf	14
Was erreicht wurde	16
Eine Kritik	16
GfV zum TV-L-Ergebnis	19
Mitgliederbefragung	20
Kölner TV-L-Anträge	22
Soli-Erklärung Unikliniken	23
AUS DEN GREMIEN	
Pläne für 2022	24
Huf	27
LEMK	28
AK Schulentwicklung	30
Kölner Anträge zum GEWerkchaftstag	32
RECHT	
Mehrarbeit	33
Dienstfähigkeit	34
Kinderkrankentage	35
GESELLSCHAFT	
Landtagswahl 2022	36
August Bebel	38
INTERNATIONALES	
Hochschul-KuK in Österreich	40
Lehrkräfte-Streik im Iran	41
GfV-Soli-Erklärung	43
Verhaftung kurdischer Lehrerin	44
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	45
Klimastreik am 25. März	48



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantwortl. Redakteur),
Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst,
Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Ausgabe 2/2022
Redaktionsschluss: 06.05.2022
Erscheinungstermin: 13.06.2022



Tipps:

Beitragsbescheinigung herunterladen! Service für die Steuererklärung

Alle Jahre wieder steht sie an: die Steuererklärung. Die Beiträge für die Mitgliedschaft in der GEW können steuerlich abgesetzt, also steuermindernd geltend gemacht werden. Es müssen zwar keine Belege beigefügt, jedoch die Gesamtsumme pro Jahr angegeben werden. Und das Finanzamt kann stichprobenartig Belege verlangen.

Die Bestätigung über die gezahlten GEW-Mitgliedsbeiträge gibt es jetzt online zum Herunterladen! Die Bescheinigung findest Du im Mitgliederbereich „Meine GEW“ (<https://www.gew.de/anmeldung/>). Nach der Registrierung mit deinen Zugangsdaten und der Erstellung des Benutzeraccounts kannst Du direkt die Beitragsbescheinigung einsehen und bei Bedarf ausdrucken.

Unsere Mitgliederverwaltung der GEW NRW kann Dir aber auch weiterhin eine schriftliche Beitragsbescheinigung postalisch zukommen lassen (Anfragen dazu direkt an: mitgliederverwaltung@gew-nrw.de oder 0201 - 2940342, -43 oder -44). Die Beitragsbescheinigung kommt nicht mehr automatisch per Post wie früher mit der Zeitschrift „Erziehung & Wissenschaft“, da dies aus Datenschutzgründen nicht mehr zulässig ist.

LEHRERRÄTE FIT! MACHEN SICH FIT! BASISQUALIFIZIERUNG EINLADUNG

Im ersten Halbjahr 2022 bieten wir wieder in Köln Fortbildungen für Lehrerräte an. Diese Fortbildungen sind vor allem für Kolleg*innen sinnvoll, die neu im Lehrerrat arbeiten. Sie bieten jedoch auch Gelegenheit, in früheren Fortbildungen erworbenes Wissen zu erneuern.

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten

Termin: Mittwoch, den 18. Mai 2022, von 09.00 bis 16.30 Uhr
Anmeldeschluss: 04. Mai 2022

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten

Termin: Mittwoch, den 25. Mai 2022, von 09.00 bis 16.30 Uhr
Anmeldeschluss: 11. Mai 2022

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten an Grundschulen

Termin: Montag, den 13. Juni 2022, von 09.00 bis 16.30 Uhr
Anmeldeschluss: 30. Mai 2022

Anmeldungen möglichst online unter:

www.gew-nrw.de/Fortbildungen

Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick - leicht über unsere
Homepage per Klick zu erreichen (gew-koeln.de)!



Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326,
thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer,
lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Nick Bauermeister
bauermeister@posteo.de

Eva Caspers
ecaspers@web.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693
thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556
katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633,
fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,
claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Esther Trost
esthertröst@posteo.de

Sarah Karim
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch
ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,
maren.bennemann@154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Jettke,
rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,
henning.m.frey@web.de

Julian Gurster
julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Julian Gürster
julianguerster@gmx.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder,
treder.silvia@gmail.com

Hasan Yildirim
hhyildirim@web.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,
a.kloeckener@online.de

Hans Raatz,
raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Anne Ratzki, annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu,
stefan.schueller@gmx.net





Teamfoto des neuen Vorstands der GEW NRW (v.l.n.r.): Sebastian Krebs, Ayla Çelik und Marion Vittinghoff.

„Das Team ist komplett“ – GEW NRW wählt neue stellvertretende Vorsitzende

Im November 2021 wählte der Landesvorstand der GEW NRW die Mönchengladbacher Schulsozialarbeiterin Marion Vittinghoff kommissarisch zur stellvertretenden Vorsitzenden. Marion Vittinghoff ist die erste Schulsozialarbeiterin in diesem Amt. Die Wahl war nötig geworden, da die vormalige stellvertretende Vorsitzende, Ayla Çelik, im Sommer zur Vorsitzenden der GEW NRW gewählt worden war. Mit Kollegin Marion Vittinghoff ist der Vorstand der GEW NRW nun wieder komplettiert. Der weitere stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW ist weiterhin Sebastian Krebs.

„Gewerkschaft bedeutet für mich: starke Interessengemeinschaft aus vielen engagierten Mitgliedern mit einem gemeinsamen Einsatz für bessere Bildung. Dazu gehören unabdingbar gute Arbeitsbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten und faire Entlohnung. Deshalb freue ich mich sehr auf diese große Aufgabe in bewegten Zeiten“, so Marion Vittinghoff. Die Themenpalette der drei Vorstandsmitglieder ist umfangreich: Von den grundsätzlichen Fragestellungen der Chancengleichheit in der Bildung, über gute Arbeitsbedingungen, den Lehrkräftemangel und die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems bis hin zu allen Aspekten der Coronapandemie und ihrer Folgen ist das Aufgabenfeld weit gespannt. „Die Beschäftigten in den sozialen Berufen müssen stärker in den Fokus der Landespolitik gerückt werden. Dafür möchte ich mich einsetzen“, so Marion Vittinghoff.

Ein ausführliches Porträt von Marion Vittinghoff und Sebastian Krebs ist auf der Homepage der GEW NRW im Pressebereich zu finden (unter: <https://www.gew-nrw.de/presse/pressematerial.html>).

#OutInChurch - Für eine Kirche ohne Angst

125 Mitarbeitende der katholischen Kirche in Deutschland hatten sich am 25. Januar in einer beispiellosen gemeinsamen Initiative als queer geoutet. Das widerspricht nicht nur der katholischen Lehre und Sexualmoral, es kann auch arbeitsrechtliche Konsequenzen haben. Auf der Website mit dem Namen outinchurch.de zeigen sie sich und fordern mit ihrem Manifest, was ihr Arbeitgeber – die katholische Kirche – dringend ändern muss, damit sie nicht in Angst, sondern selbstbestimmt und frei leben können. Unter den Mitstreiter*innen der Initiative sind außer Priestern und Ordensmitgliedern auch Mitarbeitende aus pädagogischen und sozialen Berufen. Parallel zu #outinchurch sendete das Erste die TV-Dokumentation „Wie Gott uns schuf“. Gläubige im Dienst der katholischen Kirche wagen in dieser Doku den gemeinsamen Schritt an die Öffentlichkeit. Menschen, die sich als nicht-heterosexuell identifizieren, erzählen vom Kampf um ihre Kirche – immer mit dem Risiko, dadurch ihre Arbeit zu verlieren.

Es sind Religionslehrende, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Priester, Ordensbrüder, Gemeindefereferent*innen, Bistums-Mitarbeitende und viele mehr, die von Einschüchterungen, Denunziationen, tiefen Verletzungen, jahrzehntelangem Versteckspiel und Doppelleben berichten. Die Katholik*innen erzählen von einem System, in dem Druck, Angst und Willkür die Mitarbeitenden in Ungewissheit lassen, was genau passiert, wenn sie zu ihrer sexuellen Orientierung oder Identität stehen. Es sind Menschen, die ihren Glauben jeden Tag leben und dafür eintreten, die Kirche zu verändern. Die Dokumentation und zahlreiche Interviews sind in der ARD-Mediathek abrufbar.

Eine der Forderungen ihres Manifests der Initiative #outinchurch an die Römisch-Katholische Kirche: „Das kirchliche Arbeitsrecht muss geändert werden. Ein offenes Leben entsprechend der eigenen sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität, auch in einer Partnerschaft beziehungsweise Zivilehe, darf niemals als Loyalitätsverstoß oder Kündigungsgrund gewertet werden.“ Dies erlaubt bisher der Gesetzgeber mit dem § 9 (2) AGG den Religionsgemeinschaften, und verlangt von den Beschäftigten ein „loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses“. Dieses Diskriminierungsrecht trifft bisher besonders LSBTIQ-Beschäftigte, aber auch staatliche Religionslehrkräfte sind durch die Lehrerlaubnis (missio) daran gebunden.

Da hilft es noch nicht, wenn am gleichen Tag der neue Bundesjustizminister twittert, § 3 des Gleichbehandlungsartikels im Grundgesetz werde, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, um den Passus des ausdrücklichen Verbots der Diskriminierung aufgrund sexueller Identität ergänzt. Vielmehr geht es um ein einheitliches Arbeitsrecht, das Kirchen ihren Sonderstatus entzieht. Hier will die neue Bundesregierung laut Koalitionsvertrag lediglich prüfen, inwiefern das kirchliche dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden könne. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Dialog auch zu einem Ergebnis im Sinne der Beschäftigten führt.

Der Ausschuss Queer der GEW Köln und die Arbeitsgruppe LSBTI der GEW NRW fordert bereits seit Jahren die Streichung der Sonder-Diskriminierungs-Erlaubnis nach § 9 (2) AGG und veranstaltete zahlreiche Diskussions- und Infoveranstaltungen zu diesen Themen und wird sich auch künftig um die Belange der betroffenen Kolleg*innen intensiv kümmern.

Foto: Annette Eiges

Nach dem Klimagipfel von Glasgow: Extremes Versagen erfordert radikale Maßnahmen!

Das erbärmliche Ergebnis des COP26-Klimagipfels von Glasgow hat unter den Klimaaktivist*innen weltweit zu Wut und Frustration geführt. Eine Einschätzung, was das bedeutet und was nun folgen muss, kommt an dieser Stelle aus Schweden, dem Land von Greta Thunberg und Andreas Malm. Der Autor des hier abgedruckten Texts, Arne Johansson, hat sowohl an den Protesten gegen den Klimagipfel 2009 in Kopenhagen als auch 2015 in Paris teilgenommen. Er befasst sich seit langem aktiv mit den Klimaprotesten und den daraus resultierenden Debatten. // **Arne Johansson, Mitglied der schwedischen Journalistengewerkschaft „Svenska Journalistförbundet“**



„Arne Johansson, der Autor dieses Textes, in Paris vor schwedischen Teilnehmer*innen an den Protesten gegen den Klimagipfel von 2015“

Völlkommen unzulängliche und ineffektive marktwirtschaftliche Lösungen führen zu einer weiterhin rapiden Verschlechterung des „CO₂-Haushalts“. Das hat Greta Thunberg dazu veranlasst, den Gipfel von Glasgow als „Greenwashing-Festival des globalen Nordens“ zu bezeichnen. Der britische Hochschuldozent und Umweltaktivist George Monbiot hat das Klimaabkommen von Glasgow sogar mit einem „Selbstmord-Pakt“ verglichen.

Kohle-Ausstieg oder Nutzungslängerung?

Nach Ansicht von Wissenschaftler*innen steuert die Welt in kaum vermindertem Tempo auf irreversible Kipp-Punkte zu. Im besten Fall

Foto: A. Johansson

droht unseren Kindern eine dystopische Zukunft, es sei denn, dass es zu revolutionären Veränderungen hinsichtlich der Art und Weise kommt, wie unsere Gesellschaft organisiert ist. Das bedeutet, dass wir in der zu neuem Leben erweckten Klimabewegung eine tiefgehende und an Radikalisierung zunehmende Diskussion über Programme, Taktiken und die Strategie erwarten dürfen. Ein Beitrag zu dieser Diskussion, der bereits für Aufsehen gesorgt hat, ist das neue Buch mit dem provokativen Titel „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt: Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen“ (Matthes & Seitz Berlin, 2020). Geschrieben hat es der schwedische Human-Ökologe, Ökosozialist und Autor Andreas Malm. Aber dazu später.

Die Tatsache, dass zum ersten Mal in der 25jährigen Geschichte des Zirkus namens „Conference of the Parties“ (COP) die fossilen

Energieträger überhaupt im Abschlussdokument von Glasgow Erwähnung finden, ist von einigen Entscheidungsträger*innen als Erfolg gewertet worden. Allerdings ist es in letzter Minute noch zu einer Neuformulierung gekommen: Anstatt aus der Kohle „auszusteigen“ will man die Förderung von Kohle, Öl und Gas sowie die entsprechenden Subventionen lediglich „stufenweise verringern“. Alok Sharma, der Präsident der UN-Klimakonferenz, war kurz davor, in Tränen auszubrechen.

Dass in diesen 25 Jahren genauso viel CO₂ in die Luft geblasen worden ist wie in all den Jahren davor, ist der absurde Beleg für die Ineffizienz des COP-Zirkus. „Doch hier bei der COP26 haben sich die führenden Köpfe der Welt dafür entschieden, ein Todesurteil für viele unserer eigenen Kinder morgen und für ärmere Gesellschaften schon heute zu unter-

Dass in den 25 Jahren seit dem ersten Klimagipfel genauso viel CO₂ in die Luft geblasen worden ist wie in all den Jahren zuvor, ist der Beleg für die Ineffizienz des Zirkus namens COP.

schreiben“, kommentiert der renommierte Maschinenbauingenieur und Klimaforscher Kevin Anderson von der Universität Manchester.

Grenzenlose Heuchelei

Die Heuchelei dieser führenden Köpfe ist grenzenlos. Wenn es hart auf hart kommt, dann stellen sie wie immer unter Beweis, dass sie lieber das Gegenteil von dem tun, was nötig ist. In Worten erkennen sie die Tragweite der Bedrohung zwar an. Aber wenn sie das bestehende System für eine kurze Dauer stützen können – und sei es nur bis zu den nächsten Wahlen –, dann sind sie sich zu nichts zu schade.

US-Präsident Biden hat in Glasgow versprochen, dass es bis 2035 zur Klimaneutralität kommen wird. Gleichzeitig hat er aber die ölfördernden Staaten (OPEC) aufgefordert, die Fördermengen zu erhöhen, um den Öl- und Gaspreisen entgegen zu wirken. Und kurz nach Glasgow fand ausgerechnet in der gerade erst von einem Wirbelsturm stark betroffenen Stadt New Orleans die größte Auktion für Förderrechte am Meeresboden statt, die es je gegeben hat. In diesem Fall ging es um Förderrechte für große Teile des Golfs von Mexiko sowie um die Region Ostafrika, wo der französische Öl-Riese „Total“ von den Öl- und Gasfeldern im Westen Ugandas bis an die tansanische Küste die längste Pipeline der Geschichte plant. Sie wird eine ganze Reihe extrem sensibler Flussbiotope und Naturschutzgebiete durchkreuzen.

Von einigen Medien ist die COP26 als „bedeutsamster Klimagipfel unserer Zeit“ bezeichnet worden, bei dem das Ziel darin bestand, die Zusagen des Pariser Gipfels von 2015 zu überprüfen und zu bestätigen. Damit würde der weltweite Temperaturanstieg unter der Marke von plus 2°C gehalten und vorzugsweise sogar unterhalb der Marke von 1,5°C bleiben. Doch auf der Tagesordnung von Glasgow standen nur konkrete Dinge zu Detailfragen wie zum Beispiel der Artikel 6 aus dem Regelwerk des Pariser Abkommens, in dem es um Marktmechanismen geht. Darin wird geregelt, wie die eine Partei Emissionsrechte kaufen kann, indem sie in einem anderen Land Emissionsverringerung sponsort.



Die Industrieländer haben endlich eine Einigung über das 100-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für ärmere Staaten erzielt, das eigentlich schon 2020 zugesagt worden war. Es soll nun zwar kommen, bildet aber nur einen Bruchteil dessen ab, was nötig wäre, um sich für die Fol-

gen des Klimawandels zu wappnen. Parallel zu den Verhandlungen in Glasgow haben 48 Nationen zugesagt, „einen Übergang weg von unverminderter Kohle-Verstromung zu beschleunigen“ – was auch immer das bedeuten mag. An dieser Übereinkunft, die auf die Stilllegung von Kohleförderanlagen hinauslaufen soll, haben weder die größten Kohleproduzenten (USA, China und Indien) teilgenommen noch der größte Kohleexporteur Australien. Indonesien hat nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass andere für die Umsetzung bezahlen. Und Polen wollte eine Verlängerung der Fristen bis 2049.

Vertrauen – in wen?

Noch weniger Vertrauen darf man aber wohl der Zusage von 110 Ländern schenken, wonach die Entwaldung bis Ende 2030 aufhören soll. Zu den Unterzeichner*innen gehört auch ein Herr Bolsonaro aus Brasilien, wo die Entwaldung im Amazonasgebiet allein in diesem Jahr um 22 Prozent zugenommen hat. Auf noch wackeligeren Füßen steht nur noch die Vereinbarung zur „gemeinsamen“ Reduzierung der Methangas-Emissionen um 30 Prozent bis 2030, die von 100 Staaten unterzeichnet worden ist.

Im Vorfeld von Glasgow sind Verpflichtungserklärungen angekündigt worden, mit denen in der EU das Ziel der Emissionsreduzierung auf Null bis zum Jahr 2050 erreicht werden soll. Einzelne Staaten haben versprochen, dieses Ziel bis 2045 zu schaffen (Schweden) oder ebenfalls bis 2050 (USA) oder bis 2060 (China) oder 2070 (Indien). Zusammen mit dem Versprechen Indiens, bis 2030 den Anteil an erneuerbaren Energieträgern auf 50 Prozent zu erhöhen, einer EU, die mit ihrem „Fit For 55“-Programm über die Hälfte ihrer Emissionen bis 2030 absenken will, und den Zusagen aller Einzelstaaten (NDCs; „Nationally Deter-

mined Contributions“) kommt die Klima-Internetsite „Climate Tracker“ auf die konservative Berechnung, dass die Versprechungen von Glasgow – sollten diese Ziele tatsächlich eingehalten werden – insgesamt zu einem etwas geringeren Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 führen: Anstatt der zuvor errechneten 2,7°C Temperaturanstieg würde dieser „nur noch“ bei 2,4°C liegen.

Mattias Goldmann beschreibt es auf dem schwedischen Blog „Supermiljöbloggen“ so, dass der Trick, um eine Übereinkunft zu erreichen, darin besteht, außerordentlich vage Formulierungen wie „gemeinsame doch unterschiedliche Verantwortlichkeiten“ zu benutzen. Damit wird suggeriert, dass „diejenigen, die dazu in der Lage sind“, sich schon um die Umsetzung kümmern werden. Die Folge davon ist, wie es ein erfahrener Manager für Nachhaltigkeitsfragen ausdrückt: „Ich habe eine Unmenge solcher Vereinbarungen unterschrieben, aber nie erlebt, dass irgendjemand deren Umsetzung überprüft hätte.“ (aus: „Supermiljöbloggen“).

„greenwashing“ als Wettbewerbsfaktor

Führende Politiker*innen und die bürgerlichen Medien beharren – bar jeder Vernunft – auf globalen Geschäftsinteressen, bei denen das „greenwashing“ zu einem immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor geworden ist. Und genau sie nehmen bei den Klimagipfeln eine immer prominentere Rolle in der inneren „Blauen Zone“ am Konferenzort ein. Diejenigen, die dem Bündnis „The Glasgow Financial Alliance for Net Zero“ (GFANZ) beigetreten sind, haben zugesagt, bis 2050 bei dem, was sie finanzieren, klimaneutral sein zu wollen. Die im Rahmen der COP26 ins Leben gerufene „Global Energy Alliance for People & Planet“ behauptet von sich selbst, die Wende zu erneuerbaren Energien beschleunigen zu wollen, während die von John Kerry ebenfalls dort gegründete „First Movers Coalition“ (aus Konzernen; Erg. d. Übers.) die Einkauflogistik großer Unternehmen nutzen will, um Technologien einen Marktvorteil zu verschaffen, die bislang noch zu teuer für den Markt sind.

Auch der Begriff „Net Zero“ („Nullemission“) wird sehr flexibel gehandhabt und verleiht ihnen die Möglichkeit, Emissionsrechte zu kaufen, um im Endeffekt nur wenig am bisherigen



Verhalten mit Kohle, Gas und Öl zu ändern. In ihren Portfolios taucht dann noch die Finanzierung klimagünstiger Projekte andernorts auf – das war's.

Der alternative Gipfel von Glasgow

Auf den Straßen von Glasgow und bei den Veranstaltungen in der äußeren „Grünen Zone“ kamen parallel zum offiziellen Klimagipfel bei 150 Treffen, Arbeitskreisen und Podiumsdiskussionen zahllose Klimaaktivist*innen aus aller Welt zum sogenannten „People's Summit“ zusammen, der von der schottischen „COP26-Coalition“ organisiert wurde.

Dort kam es zu einer neuen Art der Vereinigung zwischen jüngeren Umweltschutzorganisationen und -netzwerken und älteren, die ihre Wurzel in der globalisierungskritischen Bewegung haben. Teilgenommen haben unter anderen die „Friends of the Earth“, „Greenpeace“, „Christian Aid“, das „Climate Action Network“, die internationale Bauernbewegung „La Via Campesina“, Gewerkschaftsvertreter*innen und Kämpfer*innen für die Rechte der indigenen Völker sowie neuere Bewegungen wie „Fridays for Future“ (FFF), „Extinction Rebellion“ und

Das Elektroauto ist keine Lösung und bringt neues Konfliktpotential!

Im Vorfeld der Zwischenkonferenz, die vor dem nächsten Klimagipfel vom 1. bis 5. Juni 2022 in Schweden stattfinden und den 50. Jahrestag des „Weltumwelttags“ markieren wird, werden die schwedische sozialdemokratische Regierung und nicht zuletzt die „Linkspartei“ der „grünen industriellen Transformation“ alle Ehre erweisen. Dies wird im Lichte der heutigen neuen Pläne für wasserstoffbasiert hergestellten Stahl, Akku-Fabriken, Windkraftparks und Zechen in der Region Nord-Norrland wie auch der Ambitionen von „Volvo“ hinsichtlich der raschen Umstellung auf Elektrofahrzeuge geschehen.

Dabei schreibt der britische Hochschuldozent und Kämpfer für das Klima, George Monbiot, in seinem Abgesang auf das Elektroauto, dass die Gewinnung der Materialien, die für dessen Karosserie, die Batterien und Elektronikteile nötig sind, schon jetzt ganze Gemeinden zerstört, zur Abholzung von Wäldern führt, Flüsse verschmutzt, fragile Wüstenareale in Müllhalden verwandelt und – in manchen Fällen – Menschen in sklavenähnliche Abhängigkeiten zwingt. „Unsere »saubere, grüne« Verkehrswende ist nur mit Hilfe von Kobalt möglich, das mit Blut beschmiert ist, von Lithium, das mit Blut beschmiert ist, und Kupfer, an dem ebenfalls Blut klebt“.

Nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen und neuen Bergbauprojekte, die wegen des Elektroautos wie Pilze aus dem Boden schießen werden, wird die Auseinandersetzung darum heftig ausfallen. Es ist auch die Aufgabe von Gewerkschafter*innen, stattdessen die Notwendigkeit einer demokratisch geplanten Transformation hin zu einer zirkulären, ressourcenschonenden und ökologisch nachhaltigen Produktions- und Konsumweise zu erklären, die dem zügellosen und auf Konkurrenz basierenden Streben nach Profit und Kapital in der marktorientierten Wirtschaft von Grund auf entgegensteht. Will man dafür aber für Verständnis sorgen, so ist eine Politik nötig, die Antworten auf unausgereifte Vorstellungen liefern kann.

Die radikaleren Teile der Klimabewegung stellten ihren Protest gegen den Klimagipfel von Kopenhagen schon 2009 unter das Motto „System Change not Climate Change“ („System-Wechsel statt Klimawandel“). In Glasgow wurde der Ton von Greta Thunberg und FFF gesetzt: „Uproot the System“ („Entwurzelt das System“). Der offizielle Klimagipfel wird von ihnen als „greenwashing festival“ kritisiert.

„Black Lives Matter“. Was die sozialistischen Kräfte angeht, so fiel die „International Socialist Alternative“ in den Straßen am stärksten auf.

„Wir schaffen eine Bewegung der Bewegungen, damit das Verständnis von der Klimakrise im globalen Norden vertieft, neu gestaltet und diese im Zeichen der Klimagerechtigkeit gesehen wird“, erklärte Asad Rehman, einer der Gründer*innen der „COP26-Coalition“ gegenüber der brit. Tageszeitung „The Guardian“. Als Zeichen, dass die Klimabewegungen damit begonnen haben, sich von den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zu erholen, haben zeitgleich zur 100.000 Teilnehmer*innen starken Großkundgebung in Glasgow überall auf der Welt rund 300 weitere Demonstrationen stattgefunden.

Zunehmende Radikalisierung und ganzheitlicher Ansatz

Neben dem verstärkt um sich greifenden Gefühl, dass die Zeit verstreicht, sind immer deutlichere Anzeichen einer zunehmenden Frustration festzustellen. Auch wird die Wortwahl, mit der Kritik geübt wird, drastischer und man kann eine Reihe ganz unterschiedlicher Tendenzen der Radikalisierung wahrnehmen. Sowohl Wissenschaftler*innen als auch zahlreiche Umweltbewegungen übernehmen jetzt Begriffe, die mit der Idee der Klima-Gerechtigkeit einhergehen, und Analysen, mit denen die Ver-

bindung zwischen drohendem Klimawandel und der Ausbeutung von Natur und Umwelt durch das wirtschaftliche wie politische System hergestellt wird. Mit einbezogen werden nun auch die Phänomene Rassismus, Kolonialismus und soziale Ungleichheit.

Während die radikaleren Teile der Klimabewegung schon 2009 in Kopenhagen gegen den damaligen Klimagipfel mobilisiert und ihren Protest unter das Motto „System Change not Climate Change“ („System-Wechsel statt Klimawandel“) gestellt haben, wurde der Ton in Glasgow von Greta Thunberg und FFF gesetzt. Sie spitzten das Motto noch zu und forderten: „Uproot the System“ („Entwurzelt das System“). Der offizielle Klimagipfel wurde von ihnen als „greenwashing festival“ kritisiert.

Viele Bewegungen konnten wegen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie gar nicht erst teilnehmen. Dennoch, so berichtet Ludvig Sunnemark in der schwedischen Zeitung „Internationales“, waren auch Aktivist*innen von „FFF-Most Affected Peoples and Areas“ (FFF-MAPA; „FFF der am stärksten betroffene Völker und Regionen“) aus Mexiko, Bangladesch, Kenia und Südafrika in Glasgow vor Ort. Sie skandierten Sprechchöre wie „Climate justice is black, brown, and indigenous“ („Klimagerechtigkeit ist schwarz, braun und indigen“), „Degrow the North and decolonise the South“ („Wachstumswende im Norden und Entkolonialisierung des Südens“) oder „Climate struggle is class struggle“ („Klimakampf ist

Klassenkampf“).

„Blockadia“ und der Aufruf, Pipelines in die Luft zu jagen

Einige sind der Ansicht, dass die Massenproteste anlässlich der Klimagipfel nicht das Maß an Konfrontation erreichen, dass wir noch bei den globalisierungskritischen Protesten gegen die Treffen der „Welthandelsorganisation“ in Seattle 1999, beim G8-Gipfel in Genua 2001 oder dem EU-Gipfel in Göteborg ebenfalls 2001 erlebt haben. Doch auch wenn sich das Vertrauen in die Mächtigen auf einem Tiefpunkt befindet, so braucht es doch einiges mehr, um zu Protesten aufzurufen, mit denen Treffen gestoppt werden sollen, die – zumindest auf dem Papier – das Ziel haben, den Planeten zu retten.

Zu der Art des physischen Widerstands gegen die Umweltzerstörung, die Naomi Klein in ihrem Buch „Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima“ (S. Fischer, 2015) als „Blockadia“ bezeichnet, ist es bei den existentiellen Protesten gegen den Bau von Pipelines und Bergwerken, gegen Entwaldungsvorhaben und andere klima- und umweltschädliche Projekte gekommen. Oftmals standen die direkt betroffenen indigenen Gruppen dabei in vorderster Reihe.

Der Kampf gegen die Pipelines „Keystone XL“ in Kanada und den USA, gegen „Dakota Access“ am Standing Rock in den USA und „Ende Gelände“ gegen den Kohle-Tagebau in Deutschland sind einige der bekanntesten

Nimmt man alle Zusagen von Glasgow zusammen und geht tatsächlich davon aus, dass diese Ziele wirklich eingehalten werden, dann kommt es bis zum Jahr 2100 nicht mehr zu einem Temperaturanstieg von 2,7°C sondern „nur noch“ von 2,4°C.

Für den nötigen gesellschaftlichen Wandel gegen den Klimawandel muss die breite Masse der Beschäftigten gewonnen werden. Dies kann nicht funktionieren, ohne zuvor das Arbeitsrecht zu stärken und die soziale Sicherheit zu erhöhen.

Beispiele für das, was Naomi Klein „eine wandernde transnationale Konfliktzone“ nennt, in der die Menschen immer öfter bereit sind, ihre Körper einzusetzen, um sich und die Umwelt zu schützen. Die erste dieser gut 70 Schlachten, die von Wissenschaftler*innen auf der „Blockadia“-Landkarte dokumentiert worden sind, ist der erbitterte Widerstand der Volksgruppe der Ogoni gegen die Ölverschmutzung des Niger-Deltas durch „Shell“ in den 1990er Jahren.

Das große Aufsehen, das die Blockade-Aktionen gegen die Pipelines in Nordamerika auf sich gezogen haben, hat zweifelsohne zum Erfolg der Bewegung beigetragen, die 2014 zu der Massenbeteiligung mit bis zu 400.000 Menschen beim „People’s Climate March“ vor dem UNO-Klimagipfel in New York geführt hat. Diese radikaleren Aktionen haben zudem den Weg geebnet für neue politische Vorschläge hinsichtlich eines „Green New Deal“.

Schulstreiks + „shutdown“-Aktionen

Doch es war die auf Greta Thunbergs Solidaritätsprotest im Spätsommer 2018 zurückzuführende Schulstreik-Bewegung, die binnen kürzester Zeit zum Erstarken von FFF geführt und weltweit Massenproteste vor, während und nach irgendwelchen Gipfeltreffen entfacht hat. Mehr als sechs Millionen Menschen in 150 Ländern haben im Laufe der globalen Aktionswoche vom 20. bis 27. September 2019 an den bisher größten zeitgleich durchgeführten Schulstreiks teilgenommen.

Parallel dazu ist mit „Extinction Rebellion“ (XR) eine weitere international aufgestellte Bewegung, die größte koordinierte Jugendbewegung der Geschichte, entstanden. Diese hat als Alleinstellungsmerkmal, mit der Methode direkter aber friedlicher und kurzfristiger Aktionen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Bei der größten dieser Aktionen haben zehntausende Menschen an einem „shutdown“ im Zentrum von London teilgenommen. Zur jüngsten von XR durchgeführten Aktion in Schweden zählen niedrigschwellige Störaktionen unterschiedlicher Art an vier, fünf Flughäfen des Landes.

Andreas Malms Provokation allein reicht nicht

Aus Frustrations sowohl wegen der paralysierenden Effekte durch die Pandemie als auch aufgrund der Tatsache, dass weder Massenmobilisierungen noch die direkte Aktion bisher einen spürbaren Effekt hatten, hat der Human-Ökologe Andreas Malm, der unter den Öko-Sozialist*innen einer der bekanntesten ist, mit seinem jüngsten Buch mit dem provokanten Titel „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt“ für Aufsehen gesorgt. Er argumentiert darin, dass die Notwendigkeit besteht, Massenproteste durch niederschwellige Attacken auf ausgewählte Ziele zu ergänzen.

In dem Buch kritisiert Malm mit Hilfe detaillierter Überblicksdarstellungen und Interviews die Klimabewegung und vor allen XR für ihren „moralisierenden“ bzw. „strategischen“

Pazifismus. Er stellt die Frage, wann es an der Zeit ist, den Kampf zu eskalieren: „Wann beginnen wir damit, die Dinge physisch anzugreifen, die unseren Planeten verkonsumieren, und zerstören sie mit unseren eigenen Händen?“. Er bezieht sich damit auf SUVs aber auch auf andere mögliche Ziele.

In einem Interview mit dem Medien- und Kulturmagazin „Los Angeles Review of Books“ sagt Malm, er sei sich des Risikos bewusst, damit als Terrorist gebrandmarkt zu werden. Dennoch ergänzt er, dass er persönlich „prinzipiell“ bereit sei, eine Pipeline in die Luft zu jagen – wenn auch in der Art, dass nur Infrastruktur und Eigentum, nicht aber irgendwelche Menschen Schaden nehmen. Das sei etwas qualitativ vollkommen anderes.

Andreas Malm redet nicht dem Vandalismus als möglicher Alternative zu Massenbewegungen das Wort. Er versteht seinen Ansatz vielmehr als Ergänzung dazu. In besagtem Interview fügt er unter leichtem Druck noch hinzu, dass er – sollte ein „Green New Deal“ reale Aussicht auf Erfolg haben und in den USA zu einem übergeordneten Konzept, einer Art Schirm werden, unter dem sich soziale Bewegungen sammeln – der erste wäre, der Klima-Aktivist*innen davor warnen würde, mit ungedulden Aktionen vorzupreschen.

Malm findet es schwierig zu sagen, wann der beste Zeitpunkt für eine kämpferische Eskalation des Kampfes wäre: Entweder für den Fall, dass völliger Stillstand herrscht und es keine Bewegungen gibt oder zum Höhepunkt einer Mobilisierung. Im nächsten Atemzug fällt ihm dann



Mehr als sechs Millionen Menschen haben in 150 Ländern während der globalen Aktionswoche vom 20. bis 27. September 2019 an den bisher größten zeitgleich durchgeführten Schulstreiks teilgenommen. - Dann kam Corona

...

aber doch noch eine mögliche Situation ein: „Wenn eine Gruppe von Aktivist*innen während der Flächenbrände in Australien in ein Kohlebergwerk gegangen wäre und irgendwie Teile der dortigen Infrastruktur auseinandergerissen hätte, irgendwelche Anlagen in die Luft gejagt oder auseinandergeflückt hätte oder so etwas ... das wäre ein Moment für die Bewegung gewesen zu sagen: »Ja, eine Aktion wie diese birgt Gefahren. Aber nehmen wir die Klimakrise wirklich ernst?«“.

Die erste Frage, die er sich als Sozialist stellen sollte, lautet natürlich, ob und wie so etwas dazu beiträgt, die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Kampf ums Klima zu verstärken.

„Anthropozän“ oder „Kapitalozän“?

Ansonsten bringt Andreas Malm ganz wesentliche Aspekte zur Sprache. So tritt er korrekter Weise dafür ein, dass der Begriff „Anthropozän“ (vom Menschen geprägtes Zeitalter der Erdgeschichte) durch das Wort „Kapitalozän“ ersetzt werden sollte, weil es das Kapital und nicht die Menschheit an sich ist, das uns an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Sein vorletztes Buch heißt „Covid, Climate, Chronic Emergency“ (Verso, 2020; „Corona, Klima, chronische Notlage“). Darin behauptet er ganz richtig, dass der Klima-Notstand Maßnahmen erforderlich macht, die nicht durch kleine sozialdemokratische Schritte oder eine anarchistische Ablehnung staatlicher Eingriffe umgesetzt werden können: „Die Sozialdemokratie geht von der Prämisse aus, dass die Zeit in unserem Sinne läuft [...] Doch wenn die Katastrophe ausbricht [...] dann wird der reformistische Kalender zerrissen“.

Malm liegt absolut richtig, wenn er sagt, dass die Klima-Transformation drastische Maßnahmen auch von Regierungsseite notwendig machen wird. Dies muss sowohl die Produktionsabläufe wie auch den Konsum betreffen und auch Zwangsmaßnahmen gegen den Luxus-Konsum der Reichen umfassen (z.B. Nutzung von SUVs, Flugverkehr etc.). Die Frage, welchen Charakter dieser Staat haben muss, scheint er umgehen zu wollen. Jedenfalls sagt er, dass die Gefahr einer bürokratischen Degeneration „von Kräften aus der Bevölkerung von unten und von sozialen Bewegungen“ im Auge behalten werden muss, „die die Verfügungsgewalt über staatliche Einrichtungen haben müssen, welche den Übergang vorantreiben“.

Als Alternative zum marktwirtschaftlich-kapitalistischen „Wachstum“ nur „degrowth“ (die „Wachstumswende“) zu fordern, kann nicht zielführend sein. Stattdessen braucht es eine rasche Transformation und Neuausrichtung. Die planmäßige Obsoleszenz-Wirtschaft (Verkürzung der Lebensdauer eines Produkts) des Kapitalismus muss ersetzt werden durch planvolle Nachhaltigkeit, eine Kreislaufwirtschaft, die auf Recycling basiert, und die Weiterentwicklung des Gemeinwohls sowie des kulturellen Lebens auf Kosten des materiellen Luxuskonsums des reichsten Teils der Weltbevölkerung.

Was tun? Und: Wer kann es machen?

Es liegt auf der Hand, dass zum Beispiel eine neue Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden muss, die unter anderem unnötige Inlandsflüge durch Zugverbindungen ersetzt, das Verbot großer SUVs umfasst und den Umstieg von

kraftstoffbetriebenen PKW auf kostenlosen öffentlichen Nahverkehr beinhaltet. Dementsprechend muss eine soziale Wohnungsbau politik entwickelt werden, die nicht auf Rendite-trächtige Bauprojekte, sondern auf klimafreundlichen Wohnraum setzt.

Für einen derartigen Wandel muss auch die breite Masse der Beschäftigten gewonnen werden. Dies kann nicht funktionieren, ohne zuvor das Arbeitsrecht zu stärken und die soziale Sicherheit zu erhöhen. Es müssen neue „grüne Arbeitsplätze“ angeboten werden, bei denen die vorherigen Ansätze und Ideen übernommen werden, um schließlich in einen „Green New Deal“ zu münden.

All diese Punkte sind Bestandteil eines Kampfes, der hier und jetzt beginnen muss. Anstatt Gefahr zu laufen, Opfer des Pessimismus zu werden (was angesichts der andauernden Pandemie durchaus möglich ist), ist es wichtig zu verstehen, dass nicht nur das Klima von Kipp-Punkten und Domino-Effekten betroffen sein kann. Dasselbe gilt auch für das soziale und politische Bewusstsein, wie „FFF“, „Me Too“, „Black Lives Matter“ und die Erhebungen bereits gezeigt haben, zu denen es beispielsweise mit dem Arabischen Frühling in 2011 als auch mit FFF 2019 auf der Welt gekommen ist. Nichts kann das Bewusstsein der jungen Leute mehr in Richtung Revolution verschieben und sie stärker von der Notwendigkeit einer sozialistischen Neuausrichtung überzeugen als die Tatsache, dass das bestehende marktorientierte System jetzt tatsächlich Gefahr läuft, ihre künftige Möglichkeit auf ein menschenwürdiges Leben zu zerstören.

Antrag des StV Köln an den LandesGEWerkerschaftstag (19.-21. Mai 2022)

Der GEWerkerschaftstag möge beschließen:

Die GEW NRW ruft ihre Mitglieder frühzeitig vor dem nächsten Aktionstag von FFF auf, Unterrichtsgänge bzw. Exkursionen zu diesem Aktionstag anzumelden, damit wir mit unseren Schüler*innen, Studierenden daran teilnehmen können, ohne dass sie Repressalien aufgrund versäumten Unterrichts fürchten müssen.

Begründung:

Die COP26 von Glasgow im November 2021 hat die völlige Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen gezeigt, irgendwie unter dem Wert von 1,5°C-Temperaturanstieg zu bleiben.

Die Emissionen werden bis 2030 grob doppelt so hoch liegen wie nötig wäre, um unter dem Anstieg von 1.5°C zu bleiben. Die verstärkten Zusagen, die im Vergleich zur Pariser Klimakonferenz von 2015 nun im Rahmen von COP26 getätigt worden sind, entsprechen nur rund 15 Prozent von dem, was nötig ist.

Das Positive war die unglaublich starke Beteiligung an den Protesten! Neben den 100.000 Menschen, die in Glasgow auf die Straße gegangen sind, war es die überwältigende Feststellung der Teilnehmer*innen an diesen Protesten, dass diese Politiker*innen und dieses System vollkommen unfähig sind, die akute Krise zu lösen, die sie selbst geschaffen haben.

Die Schlussfolgerung: Es braucht noch viel mehr Druck von unten!

Antrag der Mitgliederversammlung an den GEW NRW Landesvorstand und den GEW Hauptvorstand

„Die Mitgliederversammlung des GEW-StV Köln stellt fest:

Der Klimagipfel von Glasgow hat bei Weitem nicht zu den Ergebnissen geführt, die angesichts der Dramatik des Klimawandels nötig sind. Angesichts der starken Mobilisierungen zu den Gipfel-kritischen Demonstrationen sind wir aber voller Hoffnung, dass der Druck auf das nötige Maß noch gesteigert wird.

Als Gewerkschaften kommt uns dabei eine entscheidende Rolle zu: Wir organisieren die Menschen am Arbeitsplatz. Das ist der Ort, an dem ökonomischer Druck erzeugt werden kann. Ökonomischer Druck kann weit mehr bewirken als Aktionen auf der Straße. Ökonomischer ist in höchstem Maße politischer Druck.

Daher bittet die Mitgliederversammlung des GEW-StV Köln ...

... den Landesvorstand der GEW NRW, auf Landesebene eine Diskussion mit den Schwestergewerkschaften und dem DGB NRW zu starten, welcher Beitrag geleistet werden kann, um gemeinsam ökonomischen Druck aufzubauen (z.B. durch Information und Mobilisierung ihrer Mitglieder bis hin zu koordinierten betrieblichen Aktionen)

... den Hauptvorstand der GEW, auf Bundesebene eine Diskussion mit den Schwestergewerkschaften und dem DGB zu starten, welcher Beitrag geleistet werden kann, um gemeinsam ökonomischen Druck aufzubauen (z.B. durch Information und Mobilisierung ihrer Mitglieder bis hin zu koordinierten betrieblichen Aktionen).“



Danke schön!



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für Eure Teilnahme an den Streiktagen!

Danke für Eure Unterstützung der Streiks, auch wenn Ihr selber nicht streiken konntet oder durftet!

Danke dafür, dass Ihr trotz aller Widrigkeiten nicht aufgebt!

Danke dafür, dass Ihr aufbegehrt!

Danke für Euren Lärm!

Danke für Eure Leidenschaft!

Danke für alles - ohne Euch wäre der Streiktag in Köln nicht das gewesen, was er war -

ein wunder- und schwungvoller Akt der Solidarität!

Die Tarifrunde ist vorbei - mit einem Ergebnis, was wir nicht schönreden wollen - aber mit Euch werden wir auch beim nächsten Mal voller Elan auf der Straße sein!

Wir freuen uns auf den nächsten Streik mit Euch!

Christina und Stefan (Streikleitung GEW Köln)

TV-L

Ein „katastrophaler Tarifabschluss“ für die Beschäftigten

Der Ausschuss Angestellte Lehrkräfte der GEW Köln hat die Unterzeichnung des TV-L-Verhandlungsergebnisses Ende Dezember 2021 abgelehnt. Aber wie kam es zu dem schlechtesten Abschluss seit Jahren? // **Julian Gürster, Mitglied des Leitungsteams AS Angestellte Lehrkräfte und des GfV**

Wofür gekämpft wurde:	Was am Ende unterschrieben wurde: (Inflationsrate: 5,3 Prozent (19.01.22; Stat. Bundesamt))
Laufzeit von 12 Monaten	Laufzeit von 24 Monaten
5 % Lohnerhöhung	2,8 % Lohnerhöhung ab 12/22 (1,4 Prozent pro Jahr)
mindestens 150€ (100€ für Auszubildende)	Stufengleiche Höhergruppierung
Tarifvertrag für studentische Beschäftigte	Gesprächszusage über Beschäftigungsbedingungen
--/--	Einmalige „Prämie“ von 1.300 Euro (nicht tabellen- und nicht rentenwirksam)
zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen	u.a. in NRW akzeptiert

Um die o.g. Prozentwerte besser einordnen zu können, soll die Berechnung anhand des Beispiels einer Lehrkraft [A12, Entgeltstufe (EG) 4] dienen:

5 Prozent Lohnerhöhung	254,95€	1,4 Prozent Lohnerhöhung	71,39€
Was die aufgestellte Mindestforderung von 150€ angeht, hätte für diese Lehrkraft ...			
... bei 12 Monaten Laufzeit ein Plus von 2,94 Prozent (statt – wie jetzt – 1,4 Prozent),			
... bei 24 Monaten Laufzeit ein Plus von 5,88 Prozent (statt – wie jetzt – 2,8 Prozent)			
herauskommen müssen.			

Als Ende November das Verhandlungsergebnis zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und den Gewerkschaften bekannt wurde, waren wir erschüttert. Keine unserer Forderungen als angestellte Lehrkräfte war erfüllt worden! Weder die fünf Prozent, noch die 150 Euro Mindestbetrag, noch die Laufzeit von 12 Monaten, noch irgendeine lehrerspezifische Forderung wie der Ausbau der Stufe 6.

Im AS Angestellte Lehrkräfte luden wir am 2.12., unmittelbar nach Bekanntwerden des Ergebnisses, zu dessen Analyse und Bewertung ein. Nicht nur im ersten Moment war die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis riesig. Auch die anschließende genauere Analyse führte zu der gemeinsamen Ablehnung und der Forderung, das Ergebnis nicht zu unterzeichnen. In einer Resolution an die GEW-Bundestarifkonferenz TV-L, die Mitglieder der Bundestarifkonferenz von verdi und den GEW-Landes- und Bundesvorstand begründeten wir unsere Ablehnung wie folgt:

„Wir halten fest:

- Die Angleichung: Die GEW-Forderungen für die Angleichung wurden komplett fallengelassen. Viele Kolleginnen und Kollegen gehen aber genau dafür auf die Straße. Alleine deshalb kann ein Tarifvertrag nicht von uns akzeptiert werden!
- Die lineare Lohnerhöhung: Der Abschluss von 2,8 Prozent liegt unverträglich weit weg von unserer ursprünglichen Forderung von fünf Prozent. Es gibt 14 Monate keine tabellenwirksame Lohnerhöhung! Noch nie wurde ein Tarifvertrag von der GEW abgeschlossen, der eine Laufzeit mit einer Nullrunde beginnt.

- Der Mindestbetrag: Der Abschluss lässt unsere Forderung von 150,- vollständig und ersatzlos fallen! Die Prämie ist kein Mindesterhöhungsbetrag der Tabellenlöhne, wie er gefordert war. Es ist keine Lohnerhöhung, weil sie nicht für die künftig Beschäftigten gilt. Sie ist nicht dynamisiert, nicht tabellenwirksam, nicht rentenwirksam! Die Arbeitgeber wollen über Prämien das Tarifsystem zerschießen und damit die Gewerkschaften überflüssig machen.
- Die Laufzeit: Es war klar, dass es in der aktuellen Situation in hohem Maß darauf ankam, die Handlungsfähigkeit unserer Gewerkschaft zu erhalten. Deshalb war den Kolleginnen und Kollegen unsere Forderung nach einer Laufzeit von 12 Monaten extrem wichtig. Auch diese Forderung wurde völlig fallengelassen.“

Weiterhin beschloss der AS Angestellte Lehrkräfte:

„Wir fordern:

- Keine Unterzeichnung dieses vorläufigen Tarifabschlusses durch die GEW!
- Sofortige Einberufung von Tarifkonferenzen vor Ort in den Gliederungen und gemeinsame Planung weiterer Arbeitskämpfmaßnahmen zusammen mit verdi!“

Verbunden mit dem Beschluss war die Einladung an den GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz zu einer Diskussion nach Köln.

Woher kommt die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis?

Nun könnte man fragen: Bei welchen Verhandlungen wurde denn schon einmal hundert Prozent von dem umgesetzt, was gefordert wurde? Liegt bei Verhandlungen ein

Kompromissergebnis nicht auf der Hand? Schon aus den gut besuchten Treffen des AS Angestellte während der Verhandlungen und aus den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen bei den Telefonaktionen sowie den beiden Streiktagen in Köln und Düsseldorf ging Eines hervor: aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen ließen die Forderungen keinen Verhandlungsspielraum angesichts der Inflation, des hohen Grads an Teilzeitbeschäftigung und der Überlastung. Viele gingen sogar auf die Straße aus einer Grundhaltung heraus, die auch Forderungen wie Festeinstellung aller befristeten Lehrkräfte und Entlastung beinhaltete.

Frühzeitige Mobilisierung in Köln

Das war die Situation während der heißen Phase des Tarifkampfes im Spätsommer und Herbst. In Köln hatten wir die Vorbereitung des Tarifkampfes schon im März/April – also vor dem Start der offiziellen Kampagne im Mai – begonnen. Am 20.4. trafen wir uns zu einer breit angelegten Forderungsdiskussion. Mehrere Veranstaltungen und Treffen zu dem Thema folgten. Im Zentrum der Anstrengungen der Kölner Angestellten stand eine vollumfängliche Lohnangleichung an die Beamt*innen. Der Forderungsbeschluss der Kölner Angestellten hatte aus den oben genannten Gründen eben diesen Ausgleich zum Ziel:

- mind. eine EG höher / mind. 385 Euro / mind. sieben Prozent [= Kombination aus Höhergruppierung und Mindestbetragsforderung je nach Abstand zu den verbeamteten Kolleg*innen]
- richtige Stufe 6 von mind. 12 Prozent
- bessere Rente.

Niemand wollte einen Kompromiss oder Forderungen, die selbst bei voller Umsetzung nur eine leichte Lohnsteigerung bedeu-

tet hätten. Hinzu kam, dass die letztlich von der BTK aufgestellten Forderungen nicht dem zentralen Anliegen der Lohnangleichung der angestellten Kolleginnen und Kollegen entsprachen. Wie kam es also zu dieser Diskrepanz?

Ein Tarifkampf mit dem Ziel der Angleichung?

Unsere oben genannten Forderungen vom April leiteten wir an den Landesvorstand und die Bundestarifkommission weiter. Zudem versuchten wir uns mit Kolleginnen und Kollegen über unsere Forderungen auszutauschen. Wir erwarteten also eine Forderungsdiskussion auf Landesebene, bei der wir uns über unsere Forderungen und über die Tarifkampfmaßnahmen hätten einigen können. Was folgte, waren zwei Online-Konferenzen und ein Fragebogen.

Auf der ersten Konferenz für Tarifbeschäftigte sollten die Forderungen jedoch nicht diskutiert werden. Der Grund: einer Diskussion in den Gliederungen sollte nicht vorgegriffen werden. Eine weitere Konferenz wurde angekündigt, um die Diskussion zu vertiefen.

Als es soweit war, sollten die anwesenden Tarifbeschäftigten aber nicht über den Tarifkampf sprechen. Stattdessen wurden Workshops zu unterschiedlichen anderen Themen angeboten. Zur Diskussion der Forderungen wurde ein Fragebogen angekündigt, der sich an die Gliederungen richten sollte.

Der Fragebogen, der kurz vor den Sommerferien ankam, ließ wenig Platz zur Debatte und war sehr stark richtungsgeleitet. Eine genaue Auswertung wurde nicht vorgelegt. Der Vorsitzende des „GEW-Landesausschuss für Tarifpolitik“ (ATP) veröffentlichte einen Artikel, in dem er entgegen der Konzeption und Durchführung des Fragebogens von einer landesweiten Mitgliederbefragung sprach. Die in dem Artikel aufgestellten Forderungen entsprachen weitestgehend den vorformulierten Fragen und wurden dann als die Forderungen der angestellten Lehrkräfte NRWs an die entsprechenden Stellen weitergeleitet (z.B.: sechs Prozent Lohnplus, Paralleltabelle, stufengleiche Höhergruppierung).

33 Monate Laufzeit des letzten Tarifvertrages und nur eine Veranstaltung zur Diskussion und Vorbereitung für die Kolleginnen und Kollegen auf Landesebene: Kann

man so einen Tarifkampf vorbereiten, der auf eine Schließung der Lohnlücke oder gar eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzielen muss? Zuvor war doch die Rede vom härtesten Tarifkampf seit 20 Jahren gewesen, was sich bei den Verhandlungen zum TVöD schon 2020 angekündigt hatte.

Kampf um die Forderungen

Der Forderungsbeschluss auf Bundesebene reduzierte die NRW-Forderungen noch einmal. Und trotzdem einigten wir uns im AS Angestellte darauf, Forderungen ernst zu nehmen. Schließlich ging es ja um den Reallohnverlust. Daher machten wir dem Landesvorstand den Vorschlag, vor den „klassischen“ Warnstreiks sog. Arbeitsstreiks an den Schulen (d.h. Streik am Arbeitsplatz) durchzuführen, um besser mit den Kolleginnen und Kollegen in Kontakt zu kommen. Leider wurde dies mit Verweis auf einen Bundesbeschluss abgelehnt.

Die Gefahr eines Reallohnverlustes vor Augen, bekräftigten wir mit einer Unterschriftenkampagne die Notwendigkeit, nicht von den Forderungen abzuweichen. Innerhalb kurzer Zeit sammelten wir 170 Unterschriften von Kolleginnen und Kollegen, die unsere Meinung teilten: Kein Abschluss unter fünf Prozent, 150 Euro und 12 Monate Laufzeit. Wir übergaben die Unterschriften am Streiktag in Düsseldorf unserer Landesvorsitzenden, Ayla Çelik. Ebenso diskutierten wir dort mit dem ver.di-Bundesvorsitzenden, Frank Werneke, der in seiner Abschlussrede tatsächlich eine Reallohnhöhung als Ziel herausgab.

Wenige Tage später erfuhren wir von dem Verhandlungsergebnis. Kurz darauf beschlossen wir unsere Resolution und leiteten sie an die Verhandler*innen und die Bundestarifkommission weiter. Auf die Einladung des AS Angestellte vom 2.12. hatte Daniel Merbitz positiv geantwortet. Wir nannten ihm unsere Bewertung des damals noch vorläufigen Verhandlungsergebnisses.

Wir unterstrichen, dass unter solchen Umständen die Verhandlung von einer Gewerkschaft für gescheitert erklärt werden muss, denn keine der Forderungen war erfüllt und die Gegenseite blockierte. Daniel Merbitz sprach stattdessen von einem respektablen Ergebnis und davon, dass sich die Gewerkschaften verantwortungsbewusst gezeigt hätten.

Es ist völlig unhaltbar, dass die Angestellten keinerlei Aussicht auf eine Angleichung ihrer Bezahlung an die der Beamt*innen haben. Es muss ein Tarifkampf organisiert werden, der auf eine tatsächliche Verbesserung der Eingruppierung in der nächsten Tarifrunde abzielt.

Das Tarifergebnis muss nachverhandelt werden!

Nur wenige Wochen sind seit der Unterzeichnung des Abschlusses vergangen. Die Entwicklung zeigt, dass wir mehr als Recht gehabt haben: Das Ergebnis erweist sich weder als respektabel noch als verantwortungsbewusst.

Als die Forderungen im Sommer beschlossen wurden, wurde behauptet, die Inflationsrate bleibt bei zwei Prozent. Jetzt liegt sie bei fast sechs Prozent! Das war aber absehbar!

Die Kolleginnen und Kollegen werden durch das Tarifergebnis nicht geschützt. Sie werden der Teuerung ausgeliefert. Vergessen wir nicht, dass viele von uns Teilzeitbeschäftigte sind. Viele arbeiten an der Grenze zur prekären Beschäftigung. Gerade Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen sind mit den geringen Gehältern besonders von der Teuerung betroffen. Die jüngeren Lehrkräfte, die Wohnungen suchen, wissen nicht, wie sie die Mietsteigerungen kompensieren sollen. Aber auch die vielen Kolleg*innen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, sind von den explodierenden Spritpreisen betroffen. Bei den Angestellten kommt hinzu, dass sich das Ziel der Angleichung ihrer Bezahlung an die Beamt*innen mit diesem Tarifabschluss in Luft auflöst.

Das können wir und das kann eine Gewerkschaft nicht hinnehmen! Wir brauchen einen gewerkschaftlichen Schutz vor dieser Entwicklung. Wir brauchen Nachverhandlungen zur Verbesserung des Abschlusses.

Es ist völlig unhaltbar, dass die Angestellten keinerlei Aussicht auf eine Angleichung ihrer Bezahlung an die der Beamt*innen haben. Es muss ein Tarifkampf organisiert werden, der auf eine tatsächliche Verbesserung der Eingruppierung in der nächsten Tarifrunde abzielt. Bis zu einer Verbesserung der Eingruppierung müssen aber jetzt schon alle Möglichkeiten des TV-L, die Bezahlung durch eine Verbesserung der Einstufung der Angestellten zu erhöhen, genutzt werden. Das sind die Aufgaben, die sich aus meiner Sicht jetzt stellen.

// Geschäftsstelle //

An den Landesvorstand

An den Hauptvorstand

An die Landes- und Bundestarifkommission & den Ausschuss für Tarifpolitik (ATP) der GEW NRW

An alle Kolleginnen und Kollegen da draußen, denen die Tarifpolitik unserer Gewerkschaft wichtig ist

Köln, den 17.12.2021

Wir haben als Stadtverband Köln das Tarifergebnis ausgiebig besprochen und diskutiert. Bei aller Heterogenität unseres Stadtverbands ist dennoch klar, dass wir in wesentlichen Punkten der momentanen Tarifpolitik unserer GEWerkenschaft widersprechen müssen und eine Neuausrichtung brauchen:

- 1.) Das aktuelle Tarifergebnis ist absolut nicht zufriedenstellend. Bei den prophezeiten Inflationsraten kommt es einem Reallohnverlust gleich und die sogenannte "Corona-Prämie" ist eine Mogelpackung und verdient ihren Namen nicht.
- 2.) Das Schönreden des Ergebnisses seitens unserer Führung ist extrem ärgerlich. Die Kolleginnen und Kollegen wollen nicht veräppelt werden. Sie wollen einen Vorstand, der für sie kämpft. So jemand kann auch verlieren, aber eine solche Niederlage schön zu reden, ist eine Verhöhnung der Kolleginnen und Kollegen.
- 3.) Die GEW hat mal wieder viel zu spät mit den Vorbereitungen der Tarifverhandlungen angefangen. Überhaupt wurde das Ganze nicht wie bei einer professionellen Tarifgewerkschaft angegangen. Wir benehmen uns in Tarifkämpfen wie ein Verwaltungsapparat und nicht wie eine kämpferische Gewerkschaft.
- 4.) Das Verhältnis zu ver.di und den anderen Schwestergewerkschaften muss geklärt werden. Es kann nicht sein, dass man sich untereinander Konkurrenz macht und die Arbeitgeber sich ins Fäustchen lachen, weil sie gemeinsam für Nullrunden zusammenhalten.
- 5.) Die GEW muss ihre Mitglieder mehr wertschätzen und in den Tarifkampf einbinden. Tarifkampf wird von unten geführt. Echte Partizipation ist erforderlich - angefangen von der Aufstellung der Forderungen bis hin zu einer Abstimmung über das jeweilige Verhandlungsergebnis.

Mit GEWerkchaftlichen Grüßen

Die Streikleitung der GEW Köln

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Köln



Auswertung Fragebogen zur TV-L Tarifrunde 2021

21.12.2021

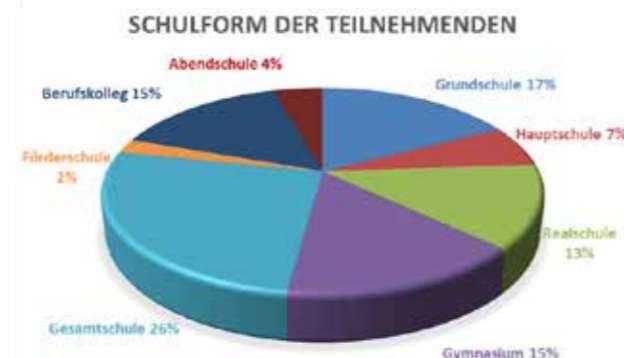
Fragebögen für:

- Tarifbeschäftigte Lehrkräfte an Schulen
- Verbeamtete Lehrkräfte an Schulen
- Beschäftigte in Hochschule & Forschung

Teilgenommen haben an der Befragung:

- 46 tarifbeschäftigte Lehrkräfte an Schulen
- 83 verbeamtete Lehrkräfte an Schulen
- 18 Beschäftigte in Hochschule & Forschung

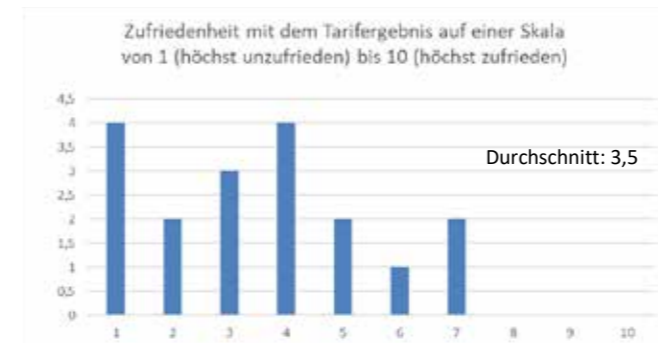
Auswertung für tarifbeschäftigte Lehrkräfte an Schulen



Auswertung für verbeamtete Lehrkräfte an Schulen



Auswertung für Beschäftigte in Hochschule & Forschung



Antrag des StV Köln an den LandesGEWerkchaftstag (19.-21. Mai 2022)
Der GEWerkchaftstag möge beschließen:

Die GEW NRW beendet keine Tarifrunde mehr, ohne zuvor eine Befragung der betroffenen Mitglieder über Annahme oder Ablehnung des erreichten Ergebnisses einzuholen.

Begründung:

Die letzte Tarifrunde war eine Katastrophe. Trotz starker Beteiligung an den Warnstreiks und wiederholter Klagen unserer Verhandler*innen über das Verhalten der Arbeitgeberseite kam das Ergebnis für viele überraschend schnell zustande. Unter dem Strich stehen nun Lohneinbußen bei zuvor immens gestiegenem Arbeitspensum. In einer demokratischen GEWerkchaft muss es normal sein, dass die Mitglieder, über die verhandelt wird, am Ende auch gefragt werden, ob sie mit dem Erzielten einverstanden oder zu weitergehenden Maßnahmen bereit sind.

Antrag des StV Köln an den LandesGEWerkchaftstag (19.-21. Mai 2022)
Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Organisationsgrad & Mobilisierungskraft erhöhen – kampfkraftig werden

Die GEW NRW setzt sich zum Ziel, bis zur TV-L Tarifrunde 2023 den Organisationsgrad und die Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, unter Beteiligung der Gliederungen und dem Ausschuss für Tarifpolitik (ATP) unmittelbar nach dem Gewerkschaftstag ein Konzept zu erstellen, das folgende Eckpunkte beinhalten könnte:

- Evaluation der TV-L Tarifrunde 2021 unter Einbeziehung der Gliederungen und der Mitglieder (beispielsweise durch eine gemeinsame Konferenz/Befragung aller Gliederungen und einer Mitgliederbefragung)
- Eine frühzeitig angelegte beteiligungsorientierte Forderungsdebatte, die einen Austausch der Mitglieder rechtzeitig vor dem Forderungsbeschluss der Landestarifkommission ermöglicht (sowohl in den einzelnen Gliederungen als auch gemeinsam auf Landesebene)
- Vertrauensleutearbeit stärken und Vertrauensleute in die Tarifarbeit einbinden
- Qualifizierungsoffensive für Ehrenamtler:innen und Vertrauensleute (beispielsweise Workshops und Bildungsangebote zu aktivierenden 1:1-Gesprächen mit Kolleg:innen, Ansprachetrainings und (weiterhin) tarifbezogene Workshops im Rahmen der GEWaktivTagung, ...)
- Zusätzlicher Fokus auf Gewinnung, Aktivierung, Einbindung und Qualifizierung junger Kolleg:innen, um den gewerkschaftlichen Nachwuchs im Bereich Tarifarbeit nachhaltig aufzubauen
- Einbeziehung von und attraktive Angebote auch für nicht-schulische Betroffene (z.B. Hochschulbeschäftigte), sowohl in Vorbereitung des Tarifkampfes als auch während der Tarifrunde
- Schaffung einer Kommunikationsstruktur (beispielsweise E-Mail-Verteiler, Messengerdienst, ...) zur Vernetzung der Geschäftsstellen bzw. Gliederungsvorstände, um sich kurzfristig und unkompliziert austauschen und sich gegenseitig Materialien zur Verfügung stellen zu können
- Organisierende Projekte an ausgewählten Schwerpunktschulen zur Mitgliedergewinnung und Aktivierung
- Konzepte, wie auch Beamt:innen mit einbezogen werden können, um den Tarifkampf ihrer angestellten Kolleg:innen zu unterstützen (beispielsweise Soli-Aktionen)

Das Konzept wird an alle Untergliederungen zur Diskussion geschickt.

[...]

// Geschäftsstelle //

An die Kolleg:innen der Unikliniken Köln, Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen und Münster

An ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen & ver.di NRW

An den Arbeitgeberverband des Landes (AdL)

An die Landesregierung NRW

Köln, den 27.1.2022

Solidarität mit den Krankenhausbeschäftigten in NRW! Tarifvertrag Entlastung JETZT!

Am 19.01.2022 haben die Beschäftigten der sechs Unikliniken in NRW (Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster) gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di der NRW-Landesregierung und dem Arbeitgeberverband ein Ultimatum von 100 Tagen gestellt, einen Abschluss eines Tarifvertrags zur Entlastung zu erzielen.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie herrschen unhaltbare Zustände in den Kliniken. Die Pandemie hat diese aber noch einmal verschärft. Während im Frühjahr 2020 noch von den Balkonen für die Krankenhausbeschäftigten geklatscht wurde, hat sich bislang immer noch nichts grundlegend an ihrer Arbeits- und Belastungssituation geändert. Aufgrund der chronischen Überlastung kündigen immer mehr Fachkräfte, was den Personalmangel immer weiter verschärft – ein Teufelskreis, der nur durch einen Tarifvertrag Entlastung gestoppt werden kann.

Die GEW Köln ist solidarisch mit allen Beschäftigten im Gesundheitswesen und unterstützt die Kolleg:innen der sechs Unikliniken in ihrem Kampf für einen Tarifvertrag Entlastung! Wir fordern die Landesregierung und den Arbeitgeberverband dazu auf, in Verhandlungen mit unserer Schwestergewerkschaft ver.di zu treten und den Beschäftigten das zuzugestehen, was ihnen schon lange zusteht! Gemeinsam sind wir stark!

Mit herzlichen solidarischen Grüßen



Eva-Maria Zimmermann

Geschäftsführerin GEW Köln

Im Auftrag für die Kolleg:innen der GEW Köln

Anträge

In unserer Rubrik „3 Fragen an ...“ haben wir dieses Mal unsere Fachgruppen, Arbeitskreise und Ausschüsse des Stadtverbands Köln zur Planung 2022 befragt.

1. Was plant ihr für das Jahr 2022?
2. Welche Ziele wollt ihr in eurem Bereich in diesem Jahr erreichen?
3. Was erwartet ihr diesbezüglich von eurem Geschäftsführenden Vorstand in Köln/eurer GEW NRW?

FG GRUNDSCHULE

1. Im Rahmen der JA 13-Aktion findet im Februar eine Podiumsdiskussion zum Thema statt. Eingeladen und zugesagt haben Politiker*innen (z. T. bildungspolitische Sprecher*innen) aller demokratischen Parteien. Geplant sind außerdem: Fortbildung Lehrerräte im Juni, Hotlines zu verschiedenen Themen und ein Online-Lehrerräte-Austausch.

2. Wir wollen unser großes und lange angestrebtes Ziel A 13/EG 13 für alle erreichen! Wir wollen auf den Lehrkräftemangel in den Grundschulen aufmerksam machen: Die Attraktivität des Berufes muss erhöht werden! Wir kämpfen für eine bessere Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes an den Grundschulen. Die Digitalisierung muss weiter voranschreiten - mit einer vernünftigen Ausstattung für die Lehrer*innen und entsprechenden Konzepten an den Schulen.

3. Erstmal: ein großes Lob, danke für die Unterstützung und weiter so! Wir wünschen Unterstützung bei Planung und Organisation, insbesondere wären zentrale Planungen z. B. für JA 13 sinnvoll und hilfreich. Wir freuen uns über ansprechende Giveaways und informative Materialien, die auch großzügig und vor allem rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.



ARBEITSKREIS SCHULENTWICKLUNG

1. Hauptthema wird weiter die Gesamtschulentwicklung in Köln sein. Wir werden den Schulentwicklungsplan, die Initiativen und Stellungnahmen des Rates und die Vorlagen der Verwaltung im Blick behalten und nachfragen, was aus Versprechungen geworden ist, mit Pressemitteilungen Stellung nehmen, die Parteien an ihren Programmen messen. Dazu wollen wir auch mit der Stadtteilernschaft, der GGG und mit LEIS zusammenarbeiten.

Zweites Thema wird Inklusion sein: Auch für Inklusionskinder gibt es viel zu wenig Plätze in Köln. Das wollen wir recherchieren und veröffentlichen, um mehr Plätze zu schaffen. Drittes Thema könnte die Lehrer*innenausbildung und der Lehrer*innenmangel sein; die Ausstattung der Schulen und besonders belastete Schulen gehört in diesen Bereich. Auch die Forderung: A 13 für alle Grundschullehrer*innen!

2. Unsere Forderungen sind: 4 neue Gesamtschulen für Köln in Ossendorf, Lindenthal, Rondorf und Kalk. Mehr Plätze für Inklusion.

3. Unterstützung unserer Anliegen und Platz im forum für Artikel (wie bisher); weiterhin so gute Zusammenarbeit mit Eva-Maria Zimmermann und den anderen Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle.

Anne Ratzki/Klaus Minartz/Stefan Schüller

FG ERWACHSENENBILDUNG

1. Wir wollen uns weiter gegenüber Politik und Verwaltung dafür stark machen, dass die Bedingungen für Lehrkräfte an der Kölner VHS verbessert werden. Dazu bedarf es einer Stärkung der Mitwirkung (Dozierendenrat) und eines erhöhten Organisationsgrades quer durch die Fachbereiche.

2. Für die arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte, die nicht durch Bundesmittel finanziert werden, haben wir zwei Ziele ins Auge gefasst:
die Anhebung des Stundensatzes von 35 Euro auf 41 Euro.
die Aufnahme von Verhandlungen über einen Rahmenvertrag für langjährige, arbeitnehmerähnliche Lehrkräfte.
die anteilige Übernahme der Kranken- und Rentenversicherung.

3. Der Vorstand/die Geschäftsführung des Stadtverbandes möge Verhandlungen mit der kommunalen Verwaltung anstreben mit dem Ziel, die Statusfeststellung und die Ausgestaltung der Rechte von Arbeitnehmerähnlichen durch eine Verwaltungsvorschrift zu verbessern und zu vereinheitlichen.



FG REALSCHULE

1. Wir planen – wenn es in Präsenz möglich ist - Fachgruppen-Treffen u. a. zu den folgenden Themen: Auswirkung der Pandemie auf Leistung- und Verhalten der Schüler*innen
Lehrer*innenmangel an Realschulen, Arbeitsbelastung und psychische Belastung der Lehrer*innen
Digitalisierung an Realschulen (Wie sind die Schüler*innen mit digitalen Geräten ausgestattet? Wie sind die Schulen aufgestellt? Wie sind die Kolleg*innen fortgebildet? Datenschutz)
und
Planung einer Fortbildungsveranstaltung für alle GEW-Mitglieder, soweit Moderator*innen zu gewinnen sind

2. Wir wollen versuchen Solidaritäten zu schaffen und überlegen, wie wir uns in der Zukunft gegenseitig unterstützen können.

3. Der Stadtverband Köln ist immer ansprechbar und bietet viel Unterstützung. Von der GEW NRW erwarten wir Einsatz auf tariflicher und arbeitsmarktpolitischer Ebene.

AS OFFENER GANZTAG

1. Der Ausschuss OGS bereitet sich auf die Landtagswahl vor! Wir beteiligen uns an der Veranstaltung mit Politiker*innen zur Landtagswahl und möchten dort die Frage einbringen, wie wird der Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze umgesetzt? Dabei möchten wir deutlich machen, dass wir eine Finanzierung erwarten, die Bezahlung angelehnt an TVöD ermöglicht. Außerdem fordern wir, dass Qualitätsstandards, wie Fachkraft-Kind-Relation, festgelegt werden. An diesen Punkten wollen wir auch weiter im Dialog mit der Stadt Köln dranbleiben.

2. Unser Ziel ist, den Offenen Ganzttag ins Schulgesetz zu bringen, damit Qualitätsstandards und Bedingungen geregelt festgeschrieben werden. Außerdem wollen wir den Dialog mit der Stadt aufrecht erhalten. Dafür brauchen wir einen aktiven AS OGS mit aktiven Mitgliedern. Diese zu pflegen und auszubauen ist permanent eine Aufgabe.

3. Wir hoffen, dass wir von der Geschäftsstelle weiterhin so toll unterstützt werden, wie dies bisher geschieht.



FACHGRUPPE SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

1. Wenn uns die Pandemie eines gelehrt hat, dann dass langfristige Planungen kaum möglich sind und wir uns dementsprechend kurzfristige Ziele stecken müssen. Die nächsten Fachgruppentreffen finden als Videokonferenzen statt, wenn's wieder wärmer ist, freuen wir uns auf unseren kritisch-bildungspolitischen Austausch in Präsenz. Und auch wenn wir unsere Erwartungen nicht zu hoch hängen möchten, so träumen wir doch davon, eine Veranstaltung zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz für unsere Kolleg*innen zu organisieren. Mal sehen, ob unsere Erwartungen erfüllt werden können ...

2. Unsere Fachgruppe könnte Verstärkung gebrauchen, wir möchten eine größere Resonanz erzielen. Die Förderschwerpunkte „Emotionale und soziale Entwicklung“ und „Lernen“ sind überrepräsentiert, sodass es eine inhaltliche Bereicherung für uns darstellte, wenn sich Kolleg*innen mit anderen, aber natürlich auch mit den erwähnten Förderschwerpunkten zu uns gesellen. Und wie oben bereits erwähnt, planen wir gern eine Veranstaltung in Präsenz, für den Fall, dass dieses wieder möglich sein könnte.

3. Vom GfVorstand in Köln wünschen wir uns nichts weiter, als unsere Zusammenarbeit genauso fortzuführen, insbesondere den Kontakt mit der Geschäftsstelle erleben wir durchweg als hilfsbereit & wertschätzend. Im Rahmen der Aktion #IhrFehlt der GEW NRW, mit der auf den Lehrkräftemangel an Grund- und Förderschulen landesweit aufmerksam gemacht worden ist, haben wir am Aktionstag in Köln mit unseren Forderungen versucht, die Politik wachzurütteln. Wenn die Ziele gut mit der Basis abgestimmt sind, hat das auf jeden Fall Lust auf mehr gemacht.

FACHGRUPPE HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

1. Wir werden unsere Veranstaltungsreihe **hochschularbeit ist #keinhobby** weiterführen. Im letzten Jahr haben wir uns u. a. mit Entfristungsklagen, dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz und der Tarifrunde auseinandergesetzt. In diesem Jahr starten wir mit einem Panel zum Personalrat als zentralem Gremium von Hochschuldemokratie. Weitere spannende Themen, die wir für dieses Jahr auf der Agenda haben, sind z. B. Klassismus an der Hochschule, die Geschichte der Hochschuldemokratie und gewerkschaftliches *Organizing* in Hochschule und Forschung. Wir wollen uns auch stärker mit anderen aktiven Gruppen **vernetzen**, z. B. im Bereich TV-Stud, Befristung, Machtverhältnisse und Barrieren im Hochschulsystem – oder auch Klimaschutz. Die **Landtagswahl in NRW** bietet einen Anlass zu weiterer Mobilisierung und kritischer Begleitung: Was planen die Parteien für die Bildungspolitik, gerade im Bereich Hochschule? Hier wird es darum gehen die wichtigen Themen Befristung und gute Arbeit auf der Agenda zu halten.

2. Ein zentrales Ziel für das nächste Jahr ist, **mehr Beschäftigte**, aber auch Studierende, an den Kölner Hochschulen zu **erreichen** und als Interessenvertretung sichtbar zu werden. Wir haben den Eindruck, dass über das **emanzipatorische Potential gewerkschaftlicher Organisation** und der Selbstorganisation der Beschäftigten an Hochschulen noch viel mehr gesprochen werden muss. Nur so wird deutlich, dass wir etwas gegen schlechte Arbeit an Hochschulen tun können, wenn wir uns als Interessengemeinschaft

begreifen. Außerdem wollen wir natürlich **spannende Sachthemen** behandeln und selbst noch mehr lernen, u. a. durch unsere Veranstaltungsreihe.

3. Hochschule und Forschung stellen ja bislang einen recht kleinen Teil der GEW-Mitglieder und Aktiven. Wir fänden es toll, wenn **Hochschulthemen eine größere Sichtbarkeit innerhalb der GEW** erhalten würden, damit die Beschäftigten an Hochschulen sich von der GEW als *ihrer* Gewerkschaft angesprochen fühlen. Die Hochschulen sind auch wenig gewerkschaftlich organisiert. Aus internationalen Beispielen, z. B. aus den USA wissen wir aber, dass hier ein großes Potential für Veränderung schlummert, wenn man die Organisation von Graduate Students an der University of Chicago und anderen Universitäten betrachtet.

Aktionen wie den **Bildungsalarm** finden wir toll. Im **Zusammendenken von Bildungsthemen**, dem gesellschaftlichen Stellenwert von Bildung und den Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen des Bildungssystems - in Kita, Schule, Hochschule und bei freien Bildungsträgern - sehen wir bei all ihrer Unterschiedlichkeit großes Potential. In der Bildungspolitik liegt so viel im Argen – man denke z. B. an Personalschlüssel, Unterfinanzierung, marode Gebäude, zunehmende Ökonomisierung oder fehlende Luftfilter in der Pandemie. Deshalb sollten wir jenseits der Gehaltstabelle auch **politische Forderungen stellen** und unsere Kämpfe zusammendenken. Der Bildungsalarm ist da ein toller Startpunkt.

AS AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

1. Treffen für Planungen wieder vor Ort. Menschen echt treffen, nicht nur Online.
2. Endlich wieder geplante Ausflüge durchführen zu können.
3. Die GEW soll uns weiter so unterstützen wie bisher.

AS QUEER

1. Wir planen weiterhin monatliche (notfalls online) Treffen für queere Lehrkräfte – zwecks Erfahrungsaustausches und Geselligkeit ohne Minderheitenstress. Dabei wollen wir diverser werden, schwule Kollegen halten, mehr lesbische und trans* Kolleg*innen gewinnen.

Ebenfalls erneut vorgenommen haben wir uns eine Teilnahme als Fußgruppe bei der ColognePride-Demo und zwei weiteren CSDs in NRW (welche, wird derzeit abgestimmt), um die Sichtbarkeit queerer Lehrkräfte zu erhöhen. Wir wollen, wenn das in Präsenz vertretbar ist, auch wieder moderierte Kleingruppen für Kolleg*innen anbieten – beim ColognePride mit Schule der Vielfalt zur Frage „Coming Out in der Schule?“ oder im Frühling mit Unterstützung der Aidshilfe NRW zum Thema „Wie geht es mir – als HIV-positive Lehrkraft in der Schule?“.

Schließlich beteiligt sich die GEW NRW AG LSBTI* an einem intersektionalen Veranstalter*innen-Bündnis mit der Schüler*innen-Antidiskriminierungs-Beratung BANDAS und der Antisemitismus-Beratung SABRA sowie evtl. dem GEW Landesausschuss Migration Diversity Antidiskriminierung und der Landes-Schüler*innen-Vertretung, um im Vorfeld der Landtagswahl ein online-Podiumsgespräch zum Thema „(Anti-)Diskriminierung in der Schule“ mit Vertreter*innen der demokratischen Landtags-Fraktionen zu organisieren. Geplant ist es für Montag, den 14.3. von 17 Uhr bis 18.30 Uhr. Erste Zusagen der Politiker*innen laufen ein – also save the date!

2. Wir wollen weiter die Sichtbarkeit und die Vernetzung queerer Lehrkräfte verbessern. Außerdem braucht es mehr Bewusstsein für das Thema Antidiskriminierung in der Schule (siehe untenstehende Forderungen und Beschlüsse) – möglichst auch zur Landtagswahl (s. oben, geplantes online-Podium).

3. Weiter Offenheit für die Themen, die wir in die GEW tragen. Die ist bisher schon ziemlich gut, wenn es um Organisation von Veranstaltungen, Raum für Artikel o. ä. geht. Besser werden könnte, dass auch unsere Interessenvertretungen unsere Themen aufnehmen. Beispielsweise haben wir mit dem Referat Personalvertretungsrecht Infos und Fragen zu den AGG-Beschwerdestellen für Lehrkräfte im NRW-Schuldienst formuliert, bisher aber so gut wie keine Rückmeldung von Kolleg*innen in den Personalräten erhalten. Wir wünschen uns weiter den bisher ziemlich guten organisatorischen Support von Stadt- und Landesverband – etwa was Materialien für die CSD-Teilnahme oder Räume für Veranstaltungen angeht – großes Dankeschön, und die GEW gibt dadurch auch in der (Teil-)Öffentlichkeit ein gutes Bild ab! Offene Wünsche haben wir noch bei der Umsetzung der (bisherigen!) Gewerkschaftstags-Beschlüsse – dass die GEW die beschlossenen Forderungen an das Land trägt: AGG-Beschwerdestellen für Lehrkräfte gut umzusetzen, nach Landes-Antidiskriminierungsgesetz und -stelle, nach Beschwerderechten für Lernende an (Hoch-)Schulen im Diskriminierungsfall, nach Abbildung gesellschaftlicher Vielfalt in Schulbüchern und Lernmedien ...

„Alle zwei Jahre Koffer packen? Entfristung jetzt!“

„Mir wurde wochenlang eine Vertragsverlängerung zugesagt. Am Tag, an dem mein Arbeitsvertrag offiziell enden sollte, ging ich in mein Büro, ohne zu wissen, ob dort nun – wie versprochen – ein Verlängerungsvertrag auf mich warten würde, oder ob ich das Büro leerräumen muss. Letzteres war der Fall“, so **Sonja Gaedicke von der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Köln**.



Gaedicke's Erlebnis ist kein Einzelfall, denn nach wie vor sind fast 90 % des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen befristet. Statt sich auf Forschung und Lehre konzentrieren zu können, sind viele Wissenschaftler*innen mit ständiger Unsicherheit konfrontiert, von Drittmittelwerbungen abhängig oder dem Wohlwollen von Vorgesetzten. Teilweise herrscht ein Klima der Angst und des Wettbewerbs, denn alle wollen es schaffen, ihre Stelle zu verlängern oder eine feste Stelle zu bekommen, und sei es durch immense Mehrarbeit. „Nicht nur, dass man im Grunde immer einen Plan B als Arbeitsplatz in der Hinterhand haben muss, sondern diese vertragliche und finanzielle Unsicherheit betrifft auch ganz konkrete Lebensbereiche im Privaten“, erläutert Gaedicke die Situation der befristet beschäftigten Wissenschaftler*innen. Kolleg*innen berichten, dass sie von Vermieter*innen als zu unsicher abgelehnt werden, keine Kredite bekommen, im Zweifel immer wieder umziehen müssen. Wer Kinder hat, muss diese in dem Fall dann jedes Mal aus ihrem sozialen Umfeld herausreißen und mit ihnen in eine andere Stadt ziehen. „Außerdem kann man sich kaum sinnvoll in Gremien der Hochschule oder im Personalrat engagieren, weil man ja nie weiß, wie lange man noch da ist“, so Gaedicke weiter.

Der Öffentlichkeit sind diese Beschäftigungsbedingungen größtenteils unbekannt: Viele Kolleg*innen berichten, dass die meisten Menschen denken, sie seien

fest angestellt oder gar verbeamtet. Die im letzten Jahr entstandene #ichbinhanna-Bewegung, die auch von der GEW Köln unterstützt wird, trägt diese Missstände öffentlichkeitswirksam nach außen. Sie war entstanden als Reaktion auf ein Video des BMBF zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz, in dem u. a. darauf angespielt wurde, Dauerstellen stünden der Innovation entgegen. „Das Gegenteil ist der Fall! Der Befristungswahn an Hochschulen ist es, der Innovation verhindert. Wir brauchen Dauerstellen für Daueraufgaben! Ich habe das große Glück nach unzähligen befristeten Verträgen nun endlich eine Festanstellung zu haben – das fühlt sich an wie ein 7er im Lotto“, betont Anja Neuber, ebenfalls Mitglied der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Köln. Gaedicke pflichtet ihr bei: „Dass es Leute und gar Institutionen gibt, die behaupten, dass feste Stellen faul machen, ist eine absolute Unverschämtheit. So gerne würden wir uns auf unsere Forschung und Lehre konzentrieren, statt in dieser ständigen Unsicherheit zu leben. Die Situation vieler wissenschaftlicher Hochschulbeschäftigten ist eine absolute Zumutung“.

Um auf den Befristungswahn mit all seinen Konsequenzen aufmerksam zu machen, organisierte die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Köln am Donnerstag, den 28.10.2021 eine Aktion auf dem Bahnhofsvorplatz: „Alle 2 Jahre Koffer packen? Entfristung jetzt!“.



Erfahrungsbericht einer HSU-Lehrkraft

Zu welchen religiös und politisch motivierten Konflikten es mit Schüler*innen im herkunftssprachlichen Türkischunterricht kommen und wie man sie lösen kann, schildert der folgende Bericht einer Lehrkraft.

Eine Konfliktszene im Klassenraum

Am 30. August, nach einer anstrengenden Doppelstunde mit der 10. Jahrgangsstufe, versuche ich mit zwei meiner Schüler, die an dem Tag den Unterricht ständig gestört haben, zu sprechen. Einer lächelt, während der andere sich weiterhin aggressiv hin und her bewegt. Ich frage ihn mit einer freundlichen Stimme, ob es ihm gut gehe. Plötzlich stellt er sich gerade und sagt mir auf eine dominante Art:

Öğretmenim bu kursta hepimiz Türk'üz! Müslüman'ız! Tabi ki Müslüman olarak size Selamun Aleykum dememiz normal! Yoksa siz müslüman değil misiniz?! #

(Mein Lehrer! Hier sind wir alle Türken und Muslime! Es ist doch selbstverständlich, dass wir Sie mit Selamun Aleykum begrüßen! Sind Sie etwa nicht muslimisch?!)

Zugegeben, nicht nur der Inhalt seiner Frage, auch seine Körpersprache triggern bei mir eine tief liegende Angst. Ich spüre, wie die historischen Traumata, welche ich seit mehreren Generationen von meinen Vorfahren geerbt habe, wiederkehren. Ich schaue den 16-jährigen Schüler an und ein paar Sekunden später beantworte ich entschlossen und gelassen seine Frage:

Hayır, değilim... (Nein, bin ich nicht...)

Diese kurze Antwort überrascht nicht nur meine beiden Schüler, auch mich selbst. Ich verstoße nämlich gegen ein Tabu! In diesem Moment denke ich erst, dass es kein Zurück mehr gibt. Und danach merke ich, dass ich meine tief liegende Angst ein wenig überwunden habe. Der zweite Gedanke tut mir gut. Denn die historischen Traumata hängen mit meinem ethnischen Wurzeln zusammen. Ich hatte einen armenischen Großvater, der den Genozid in einem kurdisch-alawitischen Dorf überleben durfte (!). Dies erfuhren

„Heute bin ich froh, dass ich mich von meinen Schülern weder provozieren noch einschüchtern ließ.“

meine Schüler durch ihre „fleißigen“ Internet-Recherchen über mich. Nun ist immerhin eine weder türkische noch muslimische Lehrkraft für den Türkischunterricht für sie wohl unvorstellbar, - besser gesagt: unerwünscht!

Die Vorgeschichte der beschriebenen Szene

Als ich für den HSU Türkisch in einer Gesamtschule eingesetzt wurde, konnte ich ungefähr einschätzen, was auf mich zukommen würde. Mehrere Schüler begrüßten mich zum Beispiel schon von Anfang an auf dem Schulhof mit dem religiösen arabischen Grußwort „Selamun Aleykum!“, dessen Gebrauch seit der AKP-Regierung permanent zugenommen hat. Da dieses Grußwort der bekanntesten Assimilationspolitik des türkischen Staates dient, versuchte ich meine Schüler in einer pädagogischen Art und Weise aufzuklären, um sie von einem gewissen politischen Extremismus fernzuhalten.

„Ich unterrichte Türkisch und möchte bitte entweder auf Türkisch oder Deutsch begrüßt werden.“

Während ich mit diesem Argument das Fach Türkisch als Sprachunterricht von dem politisch motivierten Islamunterricht zu unterscheiden versuchte, versuchten einige meiner Schüler, die zu der Jugendorganisation eines Moschee-Vereins gehören, gezielt meinen Unterricht zu ruinieren. Morgens bei der routinemäßigen Begrüßung erwiderten sie im Chor meinen türkischen Gruß „Günaydın“ mit dem arabischen „Selamun Aleykum“. Im Unterricht, nach meinem Arbeitsauftrag: „Gebt bitte ein Beispiel für das Nomen“, sagte einer „Özel Harekat Timi“ (Die bewaffnete Spezialeinheit des türkischen Staates). Ein weiterer Schüler hatte ein separates Beispiel für das Adjektiv: „Bordo Bereliler!“ (Die bordeauxrote Ba-

rette, auch militärische türkische Streitkräfte). Dabei fanden sie den Lerninhalt bzw. die Grammatik der türkischen Sprache überflüssig, langweilig und unwichtig. Sie wollten nach wie vor lieber von türkischen Helden Geschichten erfahren, wie zum Beispiel von Çanakkale Zaferi (Schlacht von Gallipoli).

Trotz der Verweigerung einiger Schüler gestaltete ich ganz bewusst meinen Unterricht auf einer sachlichen und fachlichen Korrektheit, welche als Lerninhalt vom Bildungsministerium gesetzlich vorgegeben ist. Diese hatten daraufhin kaum die Chance, meine Arbeit nach ihren politischen Aspekten zu interpretieren bzw. meine Kompetenzen in Frage zu stellen. Dennoch war es mir klar, dass das Grußwort „Selamun Aleykum“ keine spontane Reaktion, sondern eine organisierte Protestaktion der pubertierenden Jugendlichen war, die durch die Propaganda der türkisch-muslimischen Vereine systematisch manipuliert werden.

Weiterhin ließ ich sie ihre Protestaktion genießen, bis ich mit mehreren Kollegen*innen sowohl bei der Gewerkschaft als auch in der Schule diskutiert und mich genügend ausgetauscht hatte.

Das Aufklärungsgespräch

Endlich fand ich einen richtigen Umgang für die Lösung des Konfliktes. Ich bat eine Kollegin von der Abteilungsleitung II um einen Unterrichtsbesuch, in dem ich in ihrer Anwesenheit meine Schüler fragen wollte, warum sie mich mit einem arabischen Grußwort begrüßten. Wie vereinbart kam die Kollegin am 4. Oktober in meinen Unterricht. Nach einer kurzen Erklärung über den Grund der Anwesenheit der Kollegin stellte ich die Frage. Bis auf einen Schüler leugneten alle, dass sie mich mit dem arabischen Grußwort begrüßten.

An diesem Tag, nachdem die Kollegin und ich gemeinsam die Schüler über den Lerninhalt des HSU Türkisch aufgeklärt hatten, hörten diese endlich auf, mich weiter mit „Selamun Aleykum“ zu begrüßen.

„Das Grußwort Selamun Aleykum,“ sagte ich in diesem Gespräch „kommt ursprüng-

lich aus der hebräischen Sprache. Eine christliche Volksgruppe, die Aramäer, benutzt heute noch dasselbe Grußwort wie die muslimischen Araber. Allerdings habe ich überhaupt kein Problem mit einem fremdsprachigen Grußwort. Nun, das hat aber mit meinem Türkischkurs nichts zu tun. Die türkische Sprache gehört nämlich zu der uraltaischen Sprachfamilie und hat komplett andere Sprachregeln im Vergleich zu den anderen semitischen Sprachen wie Hebräisch, Aramäisch und Arabisch.“

Zum Glück konnte der große Anteil meiner Schüler diese fachliche Erklärung sowie folgende Punkte verstehen.

HSU Türkisch ist ein Sprachunterricht.

Die Lehrkraft wird auf Türkisch begrüßt. Um die türkische Sprache zu unterrichten, muss die Lehrkraft nicht unbedingt türkisch-muslimisch sein.

Heute bin ich froh, dass ich mich von meinen Schülern weder provozieren noch einschüchtern ließ. Dabei muss ich sagen, dass ich das ohne die Unterstützung meiner Kollegen*innen, sowohl in der Schule als auch bei der Gewerkschaft, nicht hätte schaffen können. Das Interesse, Mitgefühl und ständiges Nachfragen meiner Kollegen*innen haben mich emotional extrem unterstützt. Außerdem bedanke ich mich bei allen, die mich über gesetzliche Richtlinien informiert, in Schwierigkeiten beraten und fast bei jeder erlebten Konfliktsituation ihre aktive Hilfe angeboten haben. Als ich mich bedankte, gaben alle die gleiche Antwort; „Es ist doch selbstverständlich!“

Heute, nach dieser Erfahrung kann ich nur sagen, dass ich mich in Deutschland bzw. in meiner Schule in einem geschützten Raum fühle.

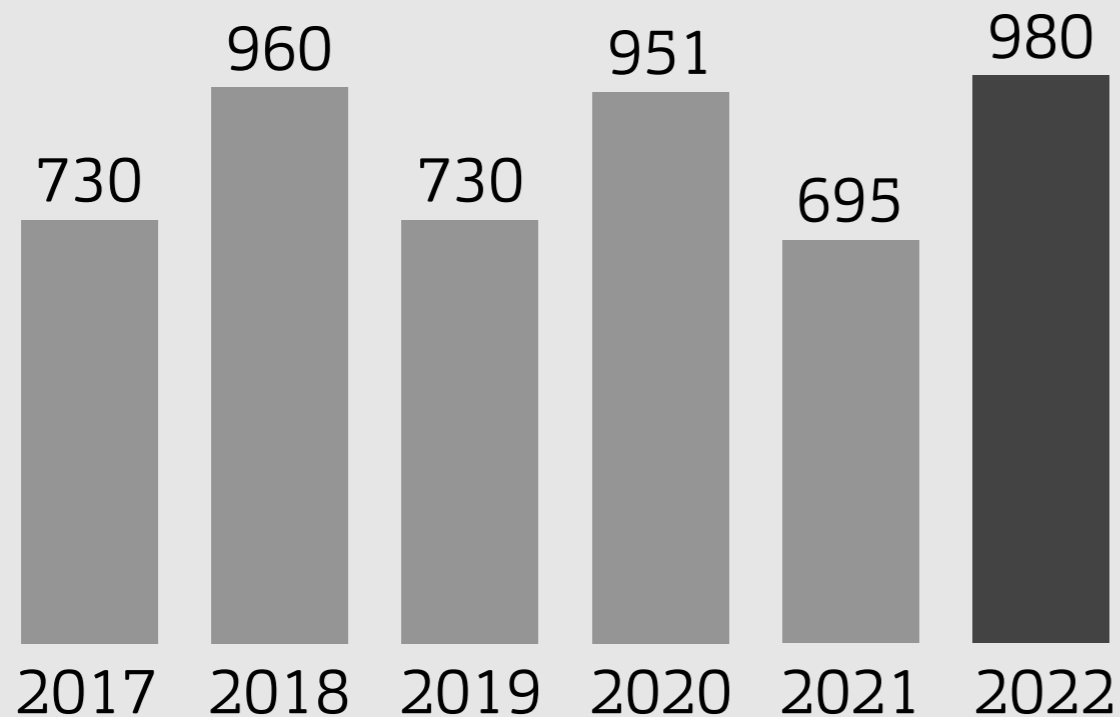
Danke für alles!

Über Kapazitäten und Über- und Unterkapazitäten

oder: Gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Platz am Gymnasium?
// Klaus Minartz, AK Schulentwicklung

Rekord bei Gesamtschulablehnungen

In der Stadt Köln gibt es seit Jahren viel zu wenig Gesamtschulplätze



Quelle: Stadt Köln

Die Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2022/23 haben begonnen. In der Zeit vom 28. Januar bis zum 5. Februar werden die Gesamtschulanmeldungen vorgezogen. Dies ist notwendig, da die Stadt Köln, wie schon in den letzten Jahren, nicht genügend Gesamtschulplätze anbieten kann. In den letzten Schuljahren mussten dort 700 bis 1.000 Schüler*innen abgelehnt werden. Die Ablehnungen sind also keine Überraschung für die Stadt. In einem Bericht an den Schulausschuss konnte der Schuldezernent nur von einer Erweiterung der Kapazitäten an der Lise-Meitner-Gesamtschule in Köln-Porz zum neuen Schuljahr 2022/23 berichten. Dort sind zwei zusätzliche Klassen 5 eingerichtet worden. Anders sieht es bei den Gymnasien aus. Alle Anmeldungen konnten 2021, wie in den letzten Jahren, realisiert werden, wenn auch in einer größeren Zahl nicht an den gewünschten Schulorten. 158 neue Gymnasialplätze wurden zum neuen Schuljahr geschaffen, denn es starten zwei neue Gymnasien im Stadtbezirk Lindenthal: das neue Gymnasium Zusestraße und das Gymnasium an der Aachener Str., welches in kurzer Zeit in den ehemaligen Gebäuden von Netcologne errichtet werden konnte.

Regelmäßige hohe Ablehnungen im Gesamtschulbereich auf der einen Seite, vollständige Aufnahme aller Anmeldungen im Gymnasialbereich. Wie ist dies zu erklären?

In einer Video-Veranstaltung des GEW-Arbeitskreises Schulentwicklung in Köln haben wir diese Frage an den Vorsitzenden des Schulausschusses, Dr. Schlieben (CDU), gestellt. Er überraschte uns mit der Feststellung, dass dies begründet sei mit dem gesetzlichen Anspruch auf einen Gymnasialplatz für alle, die eine entsprechende Gymnasialempfehlung von ihrer Grundschule haben. Ein entsprechender Anspruch bestünde nicht für Gesamtschulen.

Die GEW hat die für „innere Schulangelegenheiten“ zuständige Bezirksregierung zu diesem postulierten Rechtsanspruch befragt.

Die Antwort kam vom Dezernat 48, zuständig für Schulrecht und Schulverwaltung:

„(...) Die Schulformwahlfreiheit der Eltern findet ihre Grenze in der Kapazitätserschöpfung der jeweiligen Schule. Einen Rechtsanspruch auf einen Gymnasialplatz gibt es daher auch nur innerhalb der vorhandenen Kapazitäten. Wie Sie anhand der Situation an den Gesamtschulplätzen erkennen können, gibt es keinen Anspruch auf überkapazitiäre Aufnahme. Dabei möchte ich nur klarstellend darauf hinweisen, dass das Schulgesetz NRW die Gesamtschule und das Gymnasium jeweils als eigenständige Schulform führt.“

Aus dieser Antwort ergeben sich für den Arbeitskreis Schulentwicklung der GEW folgende Fragen: Wieso verkürzt Herr Schlieben diese Rechtslage auf einen „Rechtsanspruch auf einen Gymnasialplatz“? Wieso werden seit Jahren in Köln nicht genügend Kapazitäten an Gesamtschulplätzen bereitgestellt, obwohl nach den Aussagen von Schulministerin Gebauer der Elternwille bei der Schulformwahl entscheidend sein soll? Der Elternwille manifestiert sich in Köln eindeutig durch hohe Anmeldezahlen an den Gesamtschulen. Die Kölner Kapazitäten an Gesamtschulplätzen sind aber seit Jahren zu gering und werden nur schleppend vergrößert.

Gelegenheiten, wie eine Gesamtschule in der Zusestraße in Lindenthal, werden ignoriert und es wird ein 10. Gymnasium in diesem Stadtbezirk errichtet. Beschlüsse vom November 2018, für die geplante künftige Gesamtschule in Ossendorf „kurzfristig einen Interimsstandort für die beabsichtigte Gesamtschule zu errichten, um frühzeitig Schulplätze zu schaffen und damit den Schulbaunotstand zumindest teilweise aufzufangen oder statt eines Interims einen Bau in nacheinander modulbauartiger Aufbauweise für die einzelnen Stufen zu prüfen und zu planen“ bleiben mit der Auswahl des Standorts an der Wilhelm-Schreiber-Straße stecken. Bei einer kurzen Radtour zum Standort konnte ich nur einen verwilderten ehemaligen Sportplatz besichtigen und kei-

ne Anzeichen, den zitierten Beschluss rasch umzusetzen.

Ein Blick in die aktuelle Schulbauliste der Stadt macht deutlich: Trotz der Veränderung der politischen Mehrheiten in Köln wird bisher am alten Kurs festgehalten bzw. fehlen kreative Ideen und Vorschläge zum Ausbau von Gesamtschulkapazitäten. Neue städtische Gesamtschulen oder Erweiterungen von bestehenden Gesamtschulen, die zusätzliche Plätze im Sek. 1-Bereich anbieten, können nach derzeitigem Planungsstand fast alle erst ab 2027 fertiggestellt werden. Eine Ausnahme ist die Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen, die ab 2023 zusätzlich 54 neue Sek. 1-Plätze anbieten kann.

Gesamtschul-Kapazitäten schaffen!

Dass es keinen Anspruch auf einen nicht vorhandenen Gesamtschulplatz gibt, ist eine juristische Trivialität. Eine echte Aufgabe für ein neues Ratsbündnis - das nun schon über ein Jahr im Amt ist - ist deshalb die Bereitstellung von genügend Gesamtschulplätzen gemäß dem klar dokumentierten Elternwillen. Dieser hat sich in den hohen nicht realisierbaren Anmeldungen an Gesamtschulen in der Vergangenheit für alle, die sehen wollten, gezeigt. Und er wird sich sicher auch bei der geplanten Elternbefragung nach der gewünschten Schulform („von4nach5“) manifestieren.

Jetzt müssen schnelle politische Entscheidungen für neue Gesamtschul-Kapazitäten getroffen und umgesetzt werden:

- Unverzögerlicher Start - wie beschlossen - für ein Interim für die Gesamtschule Ossendorf.
- Beschluss zum Bau einer Gesamtschule statt eines weiteren Gymnasiums in Rondorf, wie dies von einer parteiübergreifenden Bürgerinitiative gefordert wird.
- Beschluss zur Umwandlung der Hauptschule am Helene-Weber-Platz in Neubrück in eine Gesamtschule und zügige Umsetzung.

Regelmäßige hohe Ablehnungen im Gesamtschulbereich auf der einen Seite, vollständige Aufnahme aller Anmeldungen im Gymnasialbereich. Wie ist dies zu erklären?

Kölner Anträge zum LandesGEWerkerschaftstag 22

Der diesjährige Gewerkschaftstag der GEW NRW findet vom 19.-21. Mai in Wuppertal statt. Neben den insgesamt drei Antragstexten, die ihr in den Rubriken TITEL und TV-L findet, stellt der Kölner Stadtverband noch zwei weitere Anträge, die wir euch vorab zur Verfügung stellen.

// Die „forum“-Redaktion

Antrag an den NRW Gewerkschaftstag 2022
Antragstellerin: GEW StV Köln

Der Gewerkschaftstag der GEW NRW möge beschließen:

Die GEW NRW konzipiert und führt bis zur Tarifrunde 2023 eine Kampagne mit dem Titel „Was habe ich mit der Tarifrunde zu tun?“ durch. Ebenso versucht sie, eine solche Kampagne bei der GEW (Bund) durchzusetzen.

Ziel dieser Kampagne muss eine völlige Neuorientierung hinsichtlich unseres Vorgehens bei Tarifrunden sein.

Bestehen muss diese Kampagne aus:

- Klärung des Verhältnisses zu ver.di (gemeinsames Vorgehen im Sinne auch unserer Mitglieder)
- Angestellten wie Beamt:innen plastisch vor Augen führen, welche Ungerechtigkeiten mit dem TV-L zusammenhängen (von den Folgen für die Rente bis zu den Folgen für Beamt:innen)
- Handlungsmöglichkeiten zur Erhöhung der Kampfkraft (Dienst nach Vorschrift von Beamt:innen während Tarifverhandlungen, Lehrer:innenversammlungen etc.)
- Schaffung attraktiverer, transparenter und demokratischer Möglichkeiten zur Beteiligung an der Forderungsdiskussion

Begründung: erfolgt mündlich

Antrag an den NRW Gewerkschaftstag 2022
Antragstellerin: GEW StV Köln

Der Gewerkschaftstag der GEW NRW möge beschließen:

Die GEW NRW setzt sich dafür ein, dass Vertretungsbereitschaften an Schulen als Teil des Unterrichtsdeputates gezählt werden, unabhängig davon, ob sie abgerufen werden oder nicht.

Begründung:

Der GT der GEW NRW 2019 hatte beschlossen, dass an allen Schulformen die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte (Deputat) gesenkt werden soll. Bisher sind in dieser Richtung keine Erfolge erzielt worden.

Tatsächlich zeigt sich an vielen Schulen eher die Tendenz zur Auswertung der Arbeitszeit über Vertretungsbereitschaften zusätzlich zum Deputat, die, wenn sie – wie fast immer – tatsächlich auch abgerufen werden, zu Mehrarbeit führen.

Würde man hingegen die Bereitschaften als Teil des Deputates betrachten, wofür vieles spricht

(verpflichtende Anwesenheit am Dienort, häufiges Abrufen der Bereitschaften, seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshof aus dem Jahr 2000 ist die Bereitschaftszeit im Sinne des europäischen Arbeitszeitrechts Arbeitszeit etc.), würde durch den Abruf von Bereitschaften keine Mehrarbeit entstehen. Umgekehrt würde durch die Nichtabrufung ein Zeitfenster entstehen, in dem man Arbeiten, die in den letzten Jahren dazugekommen sind (Arbeitsverdichtung), erledigen kann. Dadurch könnte die in vielen Studien belegte regelmäßige Überschreitung der Regelarbeitszeit wenigstens ein Stück weit reduziert werden.

Der vorliegende Antrag soll selbstverständlich nicht die herrschende Beschlusslage zur nominalen Reduzierung der Arbeitszeit an Schulen ersetzen. Er ist vielmehr als erster Schritt auf dem Weg zur Reduktion der Arbeitszeit zu betrachten, der die reale stetige Ausweitung der Arbeitszeit (u.a. durch Mehrarbeit über Vertretungsbereitschaften) begrenzt.

§§

Mehrarbeit

Auch Lehrer*innen werden krank, fahren auf Fortbildung oder bekommen Kinder. Damit es nicht zu Unterrichtsausfall kommt, ist eine Personalreserve erforderlich. Häufig wird ein struktureller Lehrkräftemangel jedoch auf Kosten von Arbeitskraft und Gesundheit der Lehrer*innen geregelt und Mehrarbeit angeordnet. Schulleiter*innen sind allerdings verpflichtet, erst die Instrumente für Vertretungsfälle auszuschöpfen.

schreitung um mehr als zwei Stunden nicht ohne Zustimmung der Lehrer*in erfolgen. Diese zusätzlichen oder weniger erteilten Stunden sind innerhalb des Schuljahres auszugleichen, ausnahmsweise im folgenden Schuljahr, führen also nicht zur Mehrarbeit.

Flexible Mittel für Vertretung

Bei Erkrankungen, die länger als vier Wochen andauern, Mutterschutz und Elternzeit können Vertretungskräfte eingestellt werden. Dazu muss die Schulleitung zügig einen Antrag an die Bezirksregierung beziehungsweise das Schulamt (Grundschulen) stellen.

Aufstockung von Teilzeit

Auch eine Aufstockung des Umfangs von Teilzeitbeschäftigung kann mit Einverständnis der Betroffenen beantragt werden. Für Ausfälle unter vier Wochen stehen folgende Maßnahmen zur Verfügung:

Stellen für individuelle Förderung und Vertretung

Diese Stellen sind für alle Schulformen in unterschiedlichem Umfang im Landeshaushalt vorgesehen. Sie dürfen nicht für den stundenplanmäßigen Unterricht verwendet werden, sondern stehen rein für Förderzwecke und Vertretung zur Verfügung.

Flexibilisierung der Pflichtstunden

Die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden einer Lehrerin oder eines Lehrers kann aus schulorganisatorischen Gründen, insbesondere zum Ausgleich einer nicht gleichmäßigen Unterrichtserteilung, für bis zu sechs Monate um bis zu sechs Stunden über- oder unterschritten werden (§ 2 Absatz 4 VO zu § 93 Absatz 2 SchulG). Dauert dieser Zustand länger als zwei Wochen, sollte eine Über-

Organisatorische Maßnahmen

Es können organisatorische Maßnahmen ergriffen werden. Dazu können die Zusammenlegung von Kursen, die Auflösung von Differenzierungsgruppen oder die Beaufichtigung von mehreren Klassen gehören.

Nicht erteilter Unterricht

Fällt stundenplanmäßiger Unterricht aus, weil Klassen im Praktikum oder auf Schulfahrt sind, können Lehrer*innen für Vertretungszwecke eingesetzt werden.

Mehrarbeit für vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte

Vollzeitbeschäftigte erhalten ab der vierten Stunde Mehrarbeit im Kalendermonat alle vier Stunden bezahlt, höchstens jedoch 24 Stunden. Die Bezahlung erfolgt als Vergütung von Einzelstunden nach der Mehrarbeitsvergütungsverordnung. Mehrarbeit unter vier Stunden im Kalendermonat wird nur dann vergütet, wenn der Grund für die Unterschreitung dieser Mindeststundenzahl die Verrechnung mit Arbeitsausfall (zum Beispiel allgemeine Unterrichtsbefreiung nach Zeugnisausgabe) ist. Minusstunden dürfen nur innerhalb eines Kalendermonats mit angefallener Mehrarbeit verrechnet werden. Eine Übertragung auf den nächsten Monat oder sogar bis zum Schuljahresende ist nicht erlaubt. Anders ist es bei der Erteilung von Blockunterricht an Berufsschulen: Hier erfolgt der Ausgleich innerhalb eines Schuljahres (BASS 21-22 Nr. 21, Punkt 4.6).

Teilzeitbeschäftigte

Arbeitest du in Teilzeit, wird deine Mehrarbeit immer von der ersten Stunde an bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung bezahlt (anteilige Besoldung beziehungsweise Vergütung). Eine Verrechnung mit Ausfallstunden an anderer Stelle darf nicht erfolgen. Wenn Mehrarbeit nicht vermieden werden kann, sollte wenigstens ein Antrag auf Bezahlung gestellt werden.

Quelle: GEW NRW, <https://www.gew-nrw.de/mehrarbeit-arbeitsplatz.html>

Anträge

Begrenzte Dienstfähigkeit – finanziell noch attraktiver gestaltet

Die begrenzte Dienstfähigkeit ist im Beamtenstatusgesetz BeamtStG § 27 geregelt. Die Feststellung einer „begrenzten Dienstfähigkeit“ oder „Teildienstfähigkeit“ soll die Versetzung in den Ruhestand vermeiden. Die Auswirkungen sind denen einer Teilzeitbeschäftigung sehr ähnlich, im Ergebnis aber deutlich besser.

Voraussetzungen

- Die Restdienstfähigkeit muss mindestens 50 % bezogen auf das ausgeübte Amt betragen.
- Die entsprechenden Maßnahmen können von der Bezirksregierung eingeleitet oder von der Beamtin bzw. dem Beamten selbst beantragt werden.
- Die Entscheidung trifft die Bezirksregierung nach Gutachten des Amtsarztes.

Folgen

- Die Besoldung entspricht zunächst der Besoldung einer entsprechenden Teilzeitbeschäftigung. Es wird jedoch ein nicht ruhegehaltstfähiger Zuschlag gezahlt, und zwar in Höhe der Hälfte der Differenz zwischen dem Gehalt entsprechend der Teildienstfähigkeit (TDF) und dem Vollzeitgehalt.

Zum Beispiel:

A 12 (Gehalt Vollzeit 4.953,31 Euro):
bei TDF mit 50 % beträgt das Gehalt 50 %: 2.476,66 Euro;
+ Zulage in Höhe der Hälfte der Differenz zum Vollzeitgehalt: 1.238,73 Euro =
also insgesamt 3.714,98 Euro.

Bei weitergehender freiwilliger Teilzeit wird die Zulage anteilig berechnet:

TDF 75 % - freiwillig auf 50 %: Gehalt (50 %) beträgt 2.476,66 Euro
+ Zulage (die Hälfte der Differenz 75 % bis 100 % = 619,17 Euro; davon jedoch nur 50/75 (tatsächliche Stunden/TDF), also 412,78 Euro = 2.889,44 Euro.

- Die Dienstzeit im Zustand der „begrenzten Dienstfähigkeit“ zählt für das Ruhegehalt entsprechend anteilig als ruhegehaltstfähige Dienstzeit, mind. aber mit der „Zurechnungszeit“ (2/3 bis zum 60. Lebensjahr).
- Vermögenswirksame Leistungen werden zur Hälfte gezahlt.
- Bei der Genehmigung einer Nebentätigkeit gilt auch hier die so genannte Fünftelvermutung in Bezug auf die Vollzeit-Arbeitsstunden.

Weitere Hinweise

- Beamt*innen können mit dem Ziel der Anerkennung der Teildienstfähigkeit die amtsärztliche Untersuchung einleiten, indem sie der Bezirksregierung mitteilen, dass sie sich nicht mehr für voll dienstfähig halten und ggf. entsprechende ärztliche Gutachten beim Amtsarzt vorlegen.

Achtung: Weist das dann gefertigte Gutachten des Amtsarztes eine Dienstunfähigkeit aus, so erfolgt allerdings eine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (ein Restrisiko besteht also).

- Eine Teilzeitbeschäftigung im Zustand der „begrenzten Dienstfähigkeit“ führt auf jeden Fall versorgungsrechtlich und ganz besonders besoldungsrechtlich zu günstigeren Ergebnissen als eine freiwillige Teilzeitbeschäftigung ohne Feststellung einer „begrenzten Dienstfähigkeit“.

Auch wer bereits teilzeitbeschäftigt ist, erhält einen Zuschlag.

- Eine Teildienstfähigkeit schließt die Heranziehung zur Mehrarbeit aus, da hierdurch die Restdienstfähigkeit gefährdet werden könnte. Die Altersentlastung wird entsprechend dem Stundenumfang gewährt.

Wer eine freiwillige Teilzeitbeschäftigung erwägt, sollte - ggf. nach Beratung mit dem Hausarzt/der Hausärztin u. ä. - prüfen, ob ein Antrag auf Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit erfolgsversprechend ist.

§

Corona: Betreuungstage für Kinder im Jahr 2022

Die Regelung zu den ausgeweiteten Kinderbetreuungstagen wurde für das Jahr 2022 erneut verlängert. Sie gilt für Kinder, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Altersbeschränkung gilt nicht für die Betreuung von hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen mit Behinderung.



Wie viele Betreuungstage können in Anspruch genommen werden?

Pro Kind und Elternteil können bis zu 30 Arbeitstage in Anspruch genommen werden, insgesamt können pro Jahr jedoch maximal 65 Betreuungstage geltend gemacht werden. Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch pro Kind auf bis zu 60 Arbeitstage, insgesamt pro Jahr auf maximal 130 Betreuungstage.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Die Betreuungstage können bei Krankheit des Kindes im gesamten Kalenderjahr 2022 genommen werden. Bis zum Ablauf des 19. März 2022 gilt die Regelung auch in folgenden Fällen:

- Corona-bedingte Schließung von Kita, Schule etc.
 - Quarantäne des Kindes
 - Behördliche Aussetzung der Präsenzpflcht
 - Aufforderung an die Eltern, ihr Kind zuhause zu betreuen
- Voraussetzung ist, dass niemand anders das Kind betreuen kann.

Welche Bescheinigungen müssen vorgelegt werden?

- bei Krankheit: ärztliche Bescheinigung zur notwendigen Betreuung des Kindes
- bei Schließung: persönliche Erklärung, dass pandemiebedingte Zugangsbeschränkung zum Betreuungsangebot besteht

Wie erfolgt die Bezahlung während der Freistellung?

Gesetzlich Versicherte, deren Kind ebenfalls gesetzlich versichert ist, beantragen Kinderkrankengeld bei der Krankenkasse. Es beträgt i. d. R. 90 % des Nettoentgeltes. Bei Beamt*innen werden die Bezüge weitergezahlt. Dies gilt für 2022 unabhängig von der Höhe der Besoldung.

Quellen:

Beamt*innen: Freistellungs- und Urlaubsverordnung § 33
Angestellte: SGB V, § 45 Absatz 2

Wenn Wahlen etwas verändern würden ...

Am 15. Mai wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Beim letzten Mal machten nur 65,2 Prozent der Berechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

NRW-Landtagswahl Ergebnis 2017

	Wahlergebnis (in Prozent)		Sitze		
CDU	33,0	+ 6,7	72	+ 5	zweitschlechtestes Ergebnis überhaupt
SPD	31,2	- 7,9	69	- 30	schlechtestes Ergebnis überhaupt
FDP	12,6	+ 4,0	28	+ 6	bestes Ergebnis überhaupt
AfD	7,4	+ 7,4		+ 16	aus dem Stand
Grüne	6,4	- 4,9	14	- 15	Ergebnis fast halbiert
Linke	4,9	+ 2,4	0	0	nicht mehr im Landtag vertreten
Piraten	1,0	- 6,8	0	0	nicht mehr im Landtag vertreten



Pressemitteilung des DGB NRW vom 22.09.2021

DGB NRW zum Landeshaushalt 2022: NRW braucht mehr!

Im Rahmen einer Plakataktion vor dem Landtag haben die Vorsitzende des DGB NRW und Vertreter*innen der acht DGB-Gewerkschaften Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses die gewerkschaftlichen Forderungen zum Landeshaushalt 2022 überreicht. Dazu erklärt Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW:

Wir stehen in Nordrhein-Westfalen vor enormen Herausforderungen. Es gilt, die dramatischen Pandemiefolgen zu bewältigen und der wachsenden sozialen Ungleichheit entschieden entgegenzutreten. Kinder und junge Menschen haben besonders unter der Krise gelitten. Wir brauchen daher erhebliche Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Ausbildung, um allen eine gute Zukunft zu ermöglichen. Wir haben zudem nur noch bis 2045 Zeit, um Klimaneutralität zu erreichen. In diesem Prozess muss es uns auch gelingen, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen mit seinen zehntausenden Arbeitsplätzen zu sichern [...], die die Wertschöpfung schaffen [...]. Gleichzeitig sind aktuell 22.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt: [...] Lehrer*innen, Polizist*innen, Verwaltungsbeamte*innen in den Bezirksregierungen, Arbeitsschützer*innen und IT-Fachkräfte, die [...] tagtäglich fehlen, weil die öffentliche Hand als Arbeitgeberin nicht attraktiv genug ist.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf findet auf all diese Fragen keine oder nur unzureichende Antworten. Wir sind daher überzeugt: NRW braucht mehr!

Wir fordern einen Haushalt, der unser Land gerecht und zukunftsfähig macht. Dazu brauchen wir:

- Entschuldete und finanziell handlungsfähige Kommunen.
- Eine dauerhafte Erhöhung der Investitionen in Infrastruktur und Bildung und einen Transformationsfond, um die Zukunftsfragen anzugehen.
- Einen attraktiven öffentlichen Dienst und eine Abkehr von der 41-Stunden-Woche für Beamt*innen.“

Eine ausführliche Positionierung des DGB NRW zum Landeshaushalt 2022 findet sich hier: <https://nrw.dgb.de/presse-und-social-media/++co++a606a50c-1b98-11ec-b1e7-001a4a160123>



Die Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Das bekamen die Landesbeschäftigten bereits Ende 2021 zu spüren, als sie die „Hinweise zur Aufgabenerfüllung“ von Innenminister Herbert Reul erhielten. Demnach stelle sich die Situation wie folgt dar: „[...] In Vorwahlzeiten registriert die Öffentlichkeit noch sorgfältiger als sonst, ob Beschäftigte des Landes das Neutralitätsgebot [...] sowie das Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot [...] hinreichend beachten. [...]“. Und konkret: „Die Landesbediensteten (sind) verpflichtet, [...] die Politik der Landesregierung loyal zur Grundlage ihrer Arbeit zu machen und sie nach außen zu vertreten.“ An anderer Stelle heißt es weiter: „Die Landesbediensteten dürfen im Dienst für Fraktionen, Parteien oder Verbände nicht tätig werden, also für diese keine Redeentwürfe, Anträge und politische Papiere erarbeiten.“ Und: „Danach haben sich Landesbedienstete in der Öffentlichkeit nur so zurückhaltend zu äußern, dass das öffentliche Vertrauen in ihre unparteiische, gerechte und gemeinwohlorientierte Amtsführung keinen Schaden nimmt.“

Gerade die Erfahrungen mit der Corona-Politik, das ständige Hin und Her bei den Vorgaben und die schwer nachvollziehbaren Entscheidungen zum Umgang mit dem Virus haben nicht nur die Landesbeschäftigten immer wieder auf eine harte Probe gestellt.

Man erinnere sich nur an die Aufhebung der Maskenpflicht im Klassenraum im November 2021, kurz vor Ausbruch der Omikron-Welle.

Da stellt sich schon die Frage, warum dem Land NRW als oberstem Dienstherrn der Landesbeschäftigten der „Hinweis zur Aufgabenerfüllung“ so wichtig zu sein scheint.

Ein Blick zurück

Obleich die Union ihr zweitschlechtestes Ergebnis verzeichnete, das sie in NRW je eingefahren hat, wurde die rot-grüne Landesregierung bei der letzten Landtagswahl 2017 abgewählt und CDU und FDP kamen ans Ruder. Die SPD musste ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt verkraften, während die Grünen mehr als die Hälfte ihrer bisherigen Landtagsmandate verloren.

Ob SPD/Grüne auch deswegen abgewählt wurden, weil Lehrer*innen (als ansonsten „typisches Wahl-Klientel“ dieser Parteien) wegen der missratenen Inklusion eben nicht mehr für diese Parteien gestimmt haben, sei dahingestellt.

Aktuell stellt die SPD in sieben Bundesländern die Mehrheit und kann für diese im Bundesrat die Richtung vorgeben. In weiteren vier Bundesländern ist sie zumindest als Juniorpartner an den dortigen Koalitionsregierungen beteiligt. Die Grünen regieren

mit der CDU in der Koalition das Land Baden-Württemberg und gehören Koalitionen in neun weiteren Bundesländern an. Würden SPD und Grüne im Mai in NRW zum Zuge kommen, so wäre auch die Mehrheit im Bundesrat eine andere, was bei Gesetzgebungsverfahren eine nicht unwesentliche Rolle spielen kann.

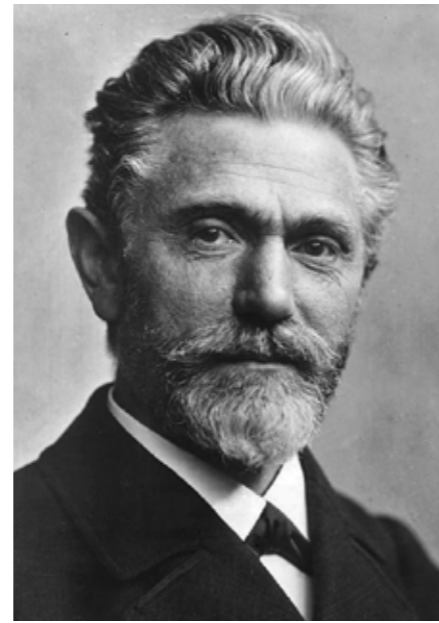
Diese Überlegungen sollten aber auch in Erinnerung rufen, dass die Bundestagswahl 2013 für SPD, Grüne und Die Linke zwar eine Stimmenmehrheit von 320 zu 311 gegenüber der CDU brachte (FDP und AfD waren nicht im Parlament vertreten). Doch anstatt diese Mehrheit im Bundestag zu nutzen, entschied sich die SPD lieber für die Rolle der Juniorpartnerin in einer Regierungskoalition mit CDU/CSU.

Fazit

Wem wir die Stimme bei der Landtagswahl geben, sollte wohl durchdacht sein. Wichtiger ist jedoch zu überlegen, was wir machen und welche Mittel wir anwenden können, wenn die Wahlen vorüber sind. Wären unsere Probleme mit einer Landtagswahl alle gelöst (was unter keiner denkbaren Regierung der Fall sein wird), dann bräuchte es zum Beispiel keine Gewerkschaften mehr ...



Das Foto zeigt August Bebel um 1900



Die Preußen in Köln und das fehlende Denkmal

// Engelbert Manfred Müller, GEW-Mitglied im Stadtverband Leverkusen

Das Kölner Rheinpanorama von der Deutzer Seite aus ist uns allen wohl bekannt.

Dort kann man aber auch einen Rundgang beginnen, der neue Perspektiven eröffnet. Wenn man sich nämlich vor Augen führt, welche Spuren die Zeit der Preußen in Köln hinterlassen hat. Gemessen an der 2000-jährigen Geschichte der Stadt zeigen die „nur“ 130 Jahre Preußenherrschaft von 1815 bis 1945 uns heute noch erstaunlich viele Baudenkmäler. Es ist klar, dass die Hohenzollernbrücke und die Domtürme an die Preußen erinnern. Schon das Denkmal mit dem Lanzenträger am Rheinboulevard, das Kürassier-Denkmal, weist darauf hin, wie sehr sich diese Zeit auf die Herrschaft des Militärs stützte. Deutlich wird das auch, wenn man die Überreste des Festungsringes um Köln herum besucht.

Was wir aber feststellen können, ist das Fehlen eines Denkmals, eines Denkmals für einen Mann, der unter anderem einmal der „Arbeiterkaiser“ genannt wurde. Er wurde acht Gehminuten von unserem Ausgangspunkt 1840 in Köln-Deutz geboren, kann als der Vater der deutschen Arbeiterbewegung und als der Vater der Sozialdemokratie bezeichnet werden: August Bebel.

An der Stelle, an der man heute lediglich eine Gedenktafel findet, befanden sich damals die Kasematten, in denen August Bebel als Sohn eines preußischen Unteroffiziers geboren wurde. August Bebel machte eine Lehre als Drechsler. Früh schon war er in der Arbeiterbewegung tätig, wurde später sogar Reichstagsabgeordneter. Dort setzte er sich immer wieder gegen den Krieg ein, forderte demokratische Rechte, unter anderem die Gleichberechtigung der Frauen. Wäre er nicht 1913 gestorben, hätte er sich sicher ebenso wie Karl Liebknecht gegen die Kriegsanleihen ausgesprochen, die den 1. Weltkrieg ermöglichten.

An der Seite der Macht stand Bebels großer Gegenspieler Otto von Bismarck, der durch seine Gesetze dafür sorgte, dass Bebel mehrmals ins Gefängnis kam. Diese Zeiten nutzte Bebel oft zur eigenen Fortbildung durch Lesen, wodurch er sich zu einem der bestinformatierten Menschen seiner Zeit entwickeln konnte.

Im Gegensatz zu Bebel erinnert man in Köln bis heute durch ein riesiges, martialisches, fast 30 m hohes Denkmal am Bayenthalgürtel an den späteren Reichskanzler. Dabei hat der nach drei aktiv herbeigeführten blutigen Krie-

gen das zweite deutsche Reich mit dem preußischen Kaiser an der Spitze gründen lassen. Er half nach durch Bestechung des bayrischen Königs. Während Bismarck durch die repressiven Sozialistengesetze viel Leid über die Beherrschten brachte, wunderte es nicht, dass die Preußen durch dieses Denkmal präsent ist, gibt es keins für Bebel.

Nach der Überquerung der Deutzer Brücke gelangen wir zum Heumarkt mit dem Denkmal für den preußischen König Friedrich Wilhelm III. Da es erst 25 Jahre nach seinem Tod errichtet wurde, wundert es nicht, dass die preußischen Reformgeister auf den Bronzeplatten dargestellt sind, zu denen der König kein besonders gutes Verhältnis hatte. Man kann darüber spekulieren, welche Motive die damalige Kölner Denkmalkommission bei ihrem Auftrag leiteten. Friedrich Wilhelm III. war zwar für manche Änderungen in seiner Regierungszeit offen, aber insgesamt dennoch monarchistisch-autoritär.

Auf jeden Fall werden auf den Reliefs am Denkmal viele positive und berühmte Persönlichkeiten der damaligen Zeit wie Beethoven und Alexander von Humboldt mit der preußischen Regierung in Verbindung gebracht. Bebel fehlt natürlich.

Ein paar Schritte weiter stoßen wir auf ein erstaunliches Zeugnis, die Erinnerung an die Neue Rheinische Zeitung und sogar Karl Marx und Friedrich Engels, die an dieser Stelle diese demokratische und revolutionäre Zeitung betrieben.

Der nächste Platz ist der Alter Markt mit seinem Blick auf den Rathausturm. Und hier finden sich wieder - wenn auch schwer zu entdecken - erstaunliche Denkmäler, eine Figur von Karl Marx und eine von Robert Blum.

Im Dom hinterließen die preußischen Herrscher eine Erinnerung daran, dass sie es waren, die die Kathedrale zu Ende bauten. Vielleicht weniger aus religiösen oder kunsthistorischen Gründen, als aus dem Bestreben heraus, ein Nationaldenkmal des preußisch bestimmten Reichs zu schaffen.

Am Ende unseres Rundgangs gelangen wir zur Hohenzollernbrücke, die bewusst als Eisenbahnbrücke auf den Dom ausgerichtet war, der von den Preußen als nationales Denk-

mal aufgefasst wurde. Hier treffen wir auf die prunkvollen Reiterstatuen von vier preußischen Königen und Kaisern, Kaiser Friedrich III. und Kaiser Wilhelm II. auf der Westseite, König Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Wilhelm I. auf der Ostseite. König Friedrich Wilhelm IV. hat maßgeblich die Vollendung des Doms betrieben. Er erlitt im Alter eine Gehirnkrankheit, die ihn regierungsunfähig machte. Sein Bruder Wilhelm I. wurde auf Betreiben Bismarcks in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen. Sein Sohn Friedrich III. wird auch der 99-Tage-Kaiser genannt. Er starb an Kehlkopfkrebs und enttäuschte die Hoffnungen vieler liberal gesinnter Preußen auf Reformen in

Richtung Demokratie.

Danach wurde sein Sohn Wilhelm II. Kaiser, der entscheidend zum Ausbruch des 1. Weltkriegs beigetragen hat.

Als die Preußen nach den Franzosen 1815 Köln besetzten, war das vielen Kölnern gar nicht recht. Das ändert natürlich nichts daran, dass in der Preußenzeit die Industrielle Revolution stattfand, mit vielen

technischen und wirtschaftlichen Neuerungen, aber auch ihren negativen Auswirkungen, vor allem im sozialen Bereich. Viele positive Auswirkungen fanden auch in der Wissenschaft und im Geistesleben statt. Immerhin wurde unter den Preußen auch die Leibeigenschaft abgeschafft. Der Staat war trotzdem im Wesentlichen konservativ und beherrscht von Adel und Militär. Sie unterdrückten alle emanzipatorischen Versuche, vor allem, wenn sie aus der Unterschicht kamen, mit brutaler Gewalt. Das bekamen besonders Menschen wie Marx, Engels und Robert Blum zu spüren, und auch August Bebel. So ist es selbstverständlich, dass ihm damals kein Denkmal gesetzt wurde.

Aber warum heute? Warum gibt es von ihm heute noch kein Denkmal in Köln? Immerhin sagte Bebel einmal über diese Stadt: „Wenn eine Stadt in Deutschland, sofern das überhaupt möglich ist, für sich die Ehre in Anspruch nehmen kann, sich als die Geburtsstätte des Sozialismus zu betrachten, so ist es Köln.“ Vielleicht wird es ja irgendwann doch einmal ein Bebel-Denkmal in Köln geben, womöglich auf dem Ausgangspunkt unseres Spaziergangs, auf dem Deutzer Rheinboulevard. Dort ist noch Platz.



Arbeiten in der Wissenschaft – ein Drahtseilakt ohne Netz?

Kollektive Interessenvertretung an den Universitäten kommt einer Herkulesaufgabe gleich: heterogene Beschäftigtengruppen, hohe Befristungsquoten und Kettenvertragsprobleme, begleitet von niedriger Identifikation mit der Gewerkschaft. Um eine starke Stimme für die Arbeitnehmer*innen-Interessen in dem Sektor zu erzielen, ist es daher umso wichtiger, das kollektive „Wir“ der Uni-Beschäftigten zu stärken. Ein Gastbeitrag von // **Angelika Schmidt (Wirtschaftsuniversität Wien) und Angela Wegscheider (Johannes Kepler Universität Linz)**

Hinter den an Universitäten erbrachten Leistungen steckt das Personal als wichtigste Ressource. Dazu zählen neugierige, kreative und methodisch gut ausgebildete Wissenschaftler*innen oder Künstler*innen. Die Bandbreite reicht von Spitzenforscher*innen bis hin zu Newcomer*innen. Sie tragen durch Forschung, Wissens- und Technologietransfer dazu bei, dass Österreich ein prosperierender Staat ist, und teilen zudem als didaktisch geschulte Lehrende ihr Wissen mit Studierenden. Die Belegschaft an den österreichischen Universitäten umfasst also heterogene, bunte, breite und diverse Berufsgruppen.



GÖD GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST

Mit über 250.000 Mitgliedern ist die „Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ (GÖD) die zweitstärkste Teilgewerkschaft des „Österreichischen Gewerkschaftsbunds“ (ÖGB).

Hohe Befristungsquote auch in Österreich

Nicht nur im Vorfeld der österreichischen Universitätsgesetz-Novelle 2020/21 wurde und wird über die im deutschsprachigen Wissenschaftsraum weit verbreitete hohe Befristungsquote gesprochen. In Österreich liegt laut dem aktuellen „Universitätsbericht“ das derzeitige Verhältnis zwischen unbefristeten und befristeten Stellen bei rund 20 zu 80. Diese Personalpolitik wirkt zunehmend abschreckend und frustrierend. Dem Universitätsgesetz (UG 2002) und dem Uni-Kollektivvertrag (Uni-KV 2009) als den gesetzlichen Vorgaben wird oft zugesprochen, der Grund dafür zu sein, weshalb Befristungen an vielen Standorten dominieren. Das trifft aus Sicht der Gewerkschaft nicht zu. Beide verbieten für keine Berufsgruppe das Ausstellen von unbefristeten Arbeitsverträgen. [Der österreichische „Uni-Kollektivvertrag“ ist mit dem deutschen TV-L vergleichbar; Anm. d. Red.]

Risikoabwälzung auf Arbeitnehmer*innen

Dennoch setzt das Universitätsgesetz Regelungen des österreichischen Arbeitsrechts außer Kraft. Die Arbeitszeitregelung in § 110 UG erlaubt trotz Arbeitszeitaufzeich-

nung Selbstaubeutung und trotz den Regelungen zur Dauer von Beschäftigungsverhältnissen in § 109 UG das sachlich unbegründete Befristen von Arbeitsverträgen bis zu bestimmten Höchstgrenzen. Zusätzlich werden Expert*innenwissen und die Kompetenzen im Forschen, Publizieren und Lehren, welche bei der Arbeit als Hochschullehrer*in erworben werden, außerhalb des Wissenschaftsbereichs zu wenig nachgefragt. Die Risiken liegen damit bei den Arbeitnehmer*innen. Das Erreichen einer dauerhaften Stelle gleicht einem Glücksspiel, da Universitäten es vorziehen, die Höchstgrenzen auszureizen, anstatt Arbeitsverträge zu entfristen. Noch immer wird Wissenschaft als „Lebensform“ angesehen, die mit einer nahezu bedingungslosen Hingabe dafür gleichgesetzt wird – aber diese Haltung hat sich durch zunehmende Unsicherheit in der neuen Generation von Wissenschaftler*innen verändert.

Die Universitäten zeichnen sich durch Mutlosigkeit für längerfristige Personalstrukturen und -planung aus. Die Budget-Steuerinstrumente des Wissenschaftsministeriums ändern nichts daran, dass Universitäten ihr Personal nicht dauerhaft anstellen. Budgetsteuerung und UG sollten den Entwicklungen im Bildungsbereich wie auch

den Neuerungen im Arbeitsrecht und den Anforderungen der Beschäftigten nach Karriereperspektiven Rechnung tragen. Das tun sie aber nicht.

Gemeinsamer Kampf für Alternativen

Angesichts des niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der Wissenschaftler*innen zu Einzelkämpfer*innen macht, und der empfundenen individualisierten Problemlagen fehlt das Bewusstsein für eine starke kollektive Interessenvertretung. Auch wird ein breiterer innerbetrieblicher Zusammenhalt durch implizite Konkurrenzlogiken im Ringen um wenige entfristete Stellen unterminiert. Wir nehmen wahr, es fehlt der Austausch der Beschäftigten und die gemeinsame Wahrnehmung, dass eine starke kollektive Interessenvertretung ihre Probleme lösen könnte. Dazu braucht es die Bereitschaft der verschiedenen Berufsgruppen, sich als Teil des kollektiven „Wir“ der Uni-Beschäftigten zu sehen und auch am Austausch- und Organisationsprozess teilzunehmen – sowie in der Folge: eine starke Gewerkschaft.

Dieser Artikel erschien zuerst Ende letzten Jahres auf <https://awblog.at/arbeiten-in-der-wissenschaft/?jetzlesen>



Streiks und Proteste der Lehrkräfte zeigen, wie es im Iran weitergehen kann

Das Mullah-Regime befindet sich in einer instabilen Situation. Weil man eine neue Welle allgemeinerer Proteste fürchtet, hat die Repression in den letzten Monaten noch zugenommen.

// **Nina Mo***, Mitglied der „Gewerkschaft der Privatangestellten“ (GPA) in Österreich

Am 23. Dezember kam es im Iran zu einem landesweiten Aktionstag, an dem sich zehntausende aktive wie auch pensionierte Lehrer*innen beteiligten haben. An der Spitze standen die weiblichen Lehrkräfte. In mehr als 100 Städten des Landes kam es zu Protesten, bei denen unter anderem höhere Löhne sowie ein angemessenes und freies Bildungssystem gefordert wurden. Die Kolleg*innen protestieren gegen die schlechte Bezahlung, wegen nicht ausbezahlter Löhne, mangelhafter Krankenversicherung, Repression und niedrigen Renten. Die Löhne der iranischen Lehrkräfte liegen meist unterhalb der Armutsgrenze, was angesichts der steigenden Inflation ein echtes Problem darstellt. Viele Lehrer*innen müssen sich mit Zweit- oder sogar Drittjobs noch etwas hinzuverdienen. Vor allem wegen des starken Grads an Organisation sind

die Proteste für die gesamte Arbeiterbewegung des Iran richtungweisend. Der „Kordinierungsausschuss der Lehrkräfte des Irans“ hatte sämtliche Lehrer*innen zur Beteiligung an den Protesten aufgerufen und dazu, ihre Forderungen im ganzen Land zu verbreiten.

Proteste dauern an

Im Bildungsbereich kommt es schon seit Monaten und Jahren zu Protesten, die in erster Linie von unabhängigen und kampfbereiten Lehrer*innen-Vereinigungen und -Gewerkschaften angeführt werden. Der Aktionstag vom 23. Dezember war eine Reaktion auf ein neues Gesetz des Regimes zur Einschränkung von Streiks und Protesten. Außerdem war er die Antwort auf eine viel zu niedrige Lohnerhöhung, die es den Lehrkräften nicht ermöglicht, ihren Bedarf zu decken. Der dritte Grund für den Akti-

onstag war der Haushaltsentwurf, der neue Kürzungen und Austeritätsmaßnahmen vorsieht.

Schon am 11. und 12. Dezember war es zu landesweiten Streiks gekommen, die sich am Folgetag zu großen Protestkundgebungen ausgeweitet haben. An diesen beteiligten sich nicht nur aktive sondern auch pensionierte Lehrkräfte. Die Proteste breiteten sich auf über 200 Städte im ganzen Land aus. Allein in Isfahan nahmen mehr als 10.000 Lehrer*innen an einer Kundgebung teil, bei der sich die wichtigsten Slogans gegen die Repression und Verhaftungen richteten: „Inhaftierte Lehrkräfte müssen auf freien Fuß gesetzt werden!“ Aufgrund der katastrophalen ökonomischen Lage und der schlechten Lebensbedingungen mit sehr hohen Preisen für Güter des täglichen Bedarfs befinden sich die Lehrer*innen in einer extrem schwierigen Situation.

Die Proteste vom 23. Dezember haben trotz der Tatsache stattgefunden, dass offizielle Stellen und Sicherheitskräfte den Lehrkräften Textnachrichten haben zukommen lassen, in denen sie sie in den Tagen zuvor vor Konsequenzen gewarnt haben!

Nach monatelangen Protesten hat das Parlament am 15. Dezember schließlich das sogenannte „Lehrer-Bewertungsverfahrensgesetz“ verabschiedet. Man suggerierte, dass die Forderungen der Lehrkräfte damit erfüllt seien und es keinen Grund für weitere Proteste geben würde. Doch die Lehrkräfte kündigten an, dass sie ihren Protest fortsetzen wollen. Ihre Forderungen umfassen eine Lohnerhöhung bis auf das Maß von 80 Prozent dessen, was Lehrkräfte im höheren Bildungsbereich erhalten, die umgehende Freilassung der inhaftierten Kolleg*innen und Gewerkschafter*innen. Die Ruheständler*innen wollen einen Inflationsausgleich. Doch all dies wird von dem Regime einfach ignoriert.

Mit dem Gesetz sollen die Bezüge der Lehrer*innen um nur wenige Prozentpunkte erhöht werden, obwohl sie schon seit zehn Jahren auf niedrigem Niveau liegen. Dennoch bleibt die Bezahlung wegen der Inflation immer noch unterhalb der Armutsgrenze, und der Haushalt ist nicht groß genug, um die Löhne anzuheben. Im Haushalt von 2021/22 sind für „Bürger-Angelegenheiten“ (wozu auch die Bildung zählt) weniger als 3,5 Mrd. Dollar vorgesehen. Das Budget der sogenannten Verteidigungskräfte beträgt hingegen über 5,08 Mrd. Dollar! Mohammad Habibi, Sprecher des Koordinierungsausschusses, sagte nach der Verabschiedung dieses Gesetzes im Parlament: „Die Gesamtheit dessen, was im Parlament verabschiedet worden ist, kann von den Lehrkräften auf gar keinen Fall verabschiedet werden“.

Brutale Repression

In der letzten großen Streik- und Protestrunde Mitte Dezember griffen Sicherheitskräfte in mehreren Städten die Lehrkräfte an und verhafteten einige führende Aktivist*innen. Insgesamt sind mehr als 200 Lehrer*innen und Gewerkschafter*innen festgenommen worden. Das Regime befindet sich in einer instabilen Situation. Man fürchtet eine neue Welle allgemeinerer Proteste, weshalb man in den letzten Monaten die Repression noch verstärkt hat.

Die Protest-Teilnehmer*innen griffen die Antworten des Regimes in ihren Sprechchören auf und bezeichneten sie als „schamlos“. Die Behörden wendeten Gewalt an, ließen einige Vertreter*innen der Lehrkräfte schlagen und zeitweise in Arrest nehmen. Dies geschah direkt vor dem Parlamentsgebäude. Zu den Angegriffenen gehört auch Rassoul Bodaghi, Funktionär der Lehrer*innengewerkschaft. Anderen wurde die Kündigung angedroht. Aus Angst vor einer Gegenreaktion wurde Badaghi von den Behörden schon nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Proteste vom 23. Dezember haben trotz der Tatsache stattgefunden, dass offizielle Stellen und Sicherheitskräfte den Lehrkräften Textnachrichten haben zukommen lassen, in denen sie sie in den Tagen zuvor vor Konsequenzen gewarnt haben! In Teheran hat das Regime versucht, die aus den U-Bahnschächten heraufkommenden Lehrer*innen auseinander zu treiben. Danach sind sie jedoch wieder zusammengekommen und haben sich nach Verlassen der U-Bahnstationen erneut versammelt. Auch in Shiraz haben sich tausende Lehrkräfte der starken Präsenz der Sicherheitskräfte widersetzt. Folgt man den veröffentlichten Berichten, so haben Staatsbeamte auf dem Baharestan-Platz in Teheran männliche Lehrkräfte angegriffen, um sie zu zerstreuen. Weibliche Lehrkräfte saßen jedoch auf der Mitte des Platzes und verharrten dort über eine Stunde lang, obwohl Sicherheitskräfte sie attackierten.

Organisation und Führung

Die große Stärke der Lehrkräfte-Bewegung besteht aus ihrer Geschlossenheit, dem Grad an Organisation und ihrer Führung. Seit Jahren waren dies die am besten organisierten Streiks und Proteste. Im Gegensatz zu anderen, sehr spontanen Kämpfen hat der Koordinierungsausschuss in den Wochen zuvor mobilisiert und Arbeiter*innen (sogar innerhalb regimetreuer Gewerkschaften) organisiert. Man orientierte sich auf Lehrkräfte an der Basis und auf radikale

Gewerkschafter*innen und brachte diese unter gemeinsamen Forderungen nach einem angemessenen Bildungssystem im Interesse von Lehrer*innen und Schüler*innen zusammen.

Mit ihrer kampfbereiten Vorgehensweise zeigt die Führung der Lehrer*innenvereinigung die nötige Bereitschaft, Forderungen auch durchsetzen zu wollen. In einer kürzlich veröffentlichten Resolution hat der Koordinierungsausschuss betont, dass „man nicht aufhören wird Forderungen zu stellen, bis die Forderungen komplett erfüllt sind und man den Protestprozess mit größter Intensität aufrechterhalten wird“.

Im Iran zählen die Lehrkräfte schon immer zu den kampfbereitesten und politisier-testen Teilen der Arbeitnehmerschaft. Sie standen immer schon mit an der Spitze der Arbeiterbewegung und haben im Kampf gegen das Regime die Richtung vorgegeben. Nötig ist, dass ihre Führungsriege diese radikale Stimmung auch in ein Programm überträgt. Der Koordinierungsausschuss selbst behauptet, man sei nicht politisch. Es ist aber vollkommen klar, dass der Kampf der Lehrkräfte eine politische Gefahr für das Regime darstellt!

*aus Sicherheitsgründen wurde der Name der Autorin geändert.



// Geschäftsstelle //

Solidarität mit den Protesten der Lehrer*innen im Iran! Nein zur Repression gegen Gewerkschafter*innen und Lehrkräfte!

Im Iran setzt sich die heftige Repression und Unterdrückung gegen Gewerkschafter*innen und Arbeiter*innen fort. Die beeindruckende Streikbewegung von Lehrer*innen in den letzten Monaten wurde getragen von Zehntausenden Beschäftigten im ganzen Land. Ihre Forderungen nach der Erhöhung und Auszahlung der Löhne und Renten sowie kostenloser Bildung für alle und die Freilassung ihrer Kolleg*innen sind dringend notwendig angesichts der wirtschaftlichen und politischen Situation. Es sind die einfachen Beschäftigten, die unter gestiegenen Lebensmittelpreisen, der wirtschaftlichen Krise und dem diktatorischen Regime zu leiden haben. Wir sind beeindruckt von der Kampfbereitschaft und der Entschlossenheit der Lehrer*innen und ihrer Organisationen, die schon in der Vergangenheit an der Spitze des Widerstandes gegen das Regime standen. Das Regime zeigt mit seiner repressiven Reaktion, dass es bereit ist, mit allen Mitteln gegen Gewerkschafter*innen und Arbeiter*innen, die für ihre Rechte kämpfen, vorzugehen.

Im Rahmen der Proteste der Lehrer*innen wurden einige führende Gewerkschafter*innen verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Kolleg*innen fordern die sofortige Freilassung von Esmail Abdi, Mehdi Fat'hi, Mohammad Reza Ramazanzadeh, Rassoul Bodaghi und weiteren.

Wir stehen als Gewerkschafter*innen solidarisch an der Seite unserer Kolleg*innen im Iran. Ihr Kampf ist eine Inspiration für uns alle - internationale Solidarität ein Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung. Als Gewerkschafter*innen in Ländern wie Deutschland ist es unsere Pflicht, die Proteste mit unseren Mitteln in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie stehen im Kontext einer Reihe von Streiks und Arbeitskämpfen im Iran, die auf regelmäßiger Basis brutal durch die Polizei und Sicherheitskräfte unterdrückt werden.

Wir fordern:

- Die sofortige und bedingungslose Freilassung aller inhaftierten Lehrer*innen, Gewerkschafter*innen und politischen Gefangenen
- Das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung und Organisation - sowohl für Lehrer*innen als auch für alle anderen Beschäftigten
- Das Ende jeder Repression, die Durchsetzung aller Forderungen der Kolleg*innen und ein Ende der brutalen Unterdrückung durch das Iranische Regime
- Nein zur Diktatur - Wir unterstützen den Widerstand der Arbeiter*innen und Armen im Iran für Freiheit, demokratische Rechte und ein Wirtschaftssystem im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung

Köln, den 19.01.2022

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Köln



Aktivistin Zara Mohammadi, die im Iran Kurdisch unterrichtete, verurteilt

Aus der türkischsprachigen Internetzeitung „Gazete Duvar“ vom 09.01.2022 // **übersetzt von Hasan Taşkale, Berichterstatter: Ferhat Yaşar, Foto: Özel Haber**

Nichtregierungsorganisationen, NGOs, riefen die internationale Gemeinschaft auf, Maßnahmen zu ergreifen, nachdem Zara Mohammadi, eine Aktivistin und Lehrerin, die Kurdisch in der iranischen Provinz Kurdistan unterrichtet, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Im Iran wurde die kurdische Lehrerin und Aktivistin Zara Mohammadi wegen ihres Kurdischunterrichts zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. NGOs im Iran forderten die internationale Gemeinschaft auf, den Iran zu verurteilen und Druck auszuüben, und erklärten, dass die Verfolgung und Bestrafung von Zara Mohammadi und vielen anderen kurdischen Aktivisten eine schwere Verletzung der Menschenrechte darstellt.

Die kurdische Aktivistin und Lehrerin Zara Mohammadi, die in Sanandaj vor Gericht gestellt wurde, wurde von der Islamischen Republik Iran zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Oktober 2020 überprüfte das Berufungsgericht von Sanandaj unter dem Vorsitz von Richter Mustafa Tayari die 10-jährige Haftstrafe von Mohammadi und reduzierte sie auf 5 Jahre. Mohammadi stellte sich am 8. Januar 2022 der Behörde, um ihre fünfjährige Haftstrafe im Frauengefängnis in Sanandaj in der Provinz Kurdistan abzusitzen.

„SIE GIBT SEIT ZEHN JAHREN FREIWILLIG KURDISCHUNTERRICHT“

Zara Mohammadi, eine ehrenamtliche kurdische Lehrerin und Vorstandsmitglied der Nichtregierungsorganisation Nojin („neues Leben“, Anm. d. Ü.) wurde am 23. Mai 2019 in ihrer Heimatstadt Sanandaj festge-

nommen und der Zusammenarbeit mit kurdischen Oppositionsparteien beschuldigt. Laut Arsalan Yarahamadi, Vorstandsmitglied der Hengaw-Menschenrechtsorganisation im Iran und Journalistin, setzt sich Zara Mohammadi (30 J.) für die bürgerlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Kurden*innen in der Provinz Kurdistan ein und unterrichtet seit zehn Jahren gleichzeitig in Sanandaj und Umgebung freiwillig Kurdisch in den umliegenden Dörfern.

Mit dem Hinweis darauf, dass Mohammadi und ihre Anwälte die Anschuldigungen zurückgewiesen haben, sie sei „mit kurdischen Oppositionsparteien verbunden“, sagte Yarahamadi, Mohammadi wolle wie andere kurdische Aktivisten, die Kurdisch unterrichten, bestraft werden.

„SIE UNTERRICHTETE KURDISCH UND WURDE ALS GEGEN DEN STAAT EINGESTUFT“

Yarahamadi teilte die folgenden Informationen mit: „Am 2. Dezember 2019, 7 Monate nach der Festnahme von Mohammadi, wurden 700 Millionen Toman gegen Kautionsfreilassen. Am 14. Juli wurde Zara Mohammadi, wie von ihrem Anwalt Dr. Durch Abdullahi berichtet, vom Revolutionsgericht Sanandaj zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie eine „antistaatliche Gruppe“ gegründet habe. Mohammadi und ihr Anwalt widersprachen den Vorwürfen jedoch entschieden. Rechtsanwalt Abdullahi sagte, es gebe außer der kurdischen Nichtregierungsorganisation Nojin, deren Vorstandsmitglied sie sei, keine andere Organisation, die mit Zara Mohammadi in Verbindung gebracht werden könne.“

DAS RECHT AUF MUTTERSPRACHE IST IN DER VERFASSUNG VERANKERT, ABER ES IST VERBOTEN, SIE ZU ERTEILEN.

In vielen Bundesstaaten, darunter auch in dem Bundesland Kurdistan im Iran ist das Recht auf Muttersprache in der Verfassung verankert. Yarahamadi wies jedoch darauf hin, dass kurdische Bildung trotz Aufnahme in die Verfassung nicht gegeben werden kann: „Kurdische Lehrer*innen und Aktivist*innen, die freiwillig auf Kurdisch unterrichten, werden bestraft. Der Forscher Mojgan Kavooosi der wegen Unterrichtens in kurdischer Sprache festgenommen wurde, wurde vor 4 Tagen nach 20 Monaten Haft aus dem Gefängnis von Karaj entlassen.“

„Im Iran gibt es ein Bundesland Kurdistan, trotzdem ist das Kurdische verboten?“ Als sie die Frage stellte, gab Yarahamadi folgende Erklärung ab: „Im Artikel 15 der iranischen Verfassung heißt es: „Die offizielle und gemeinsame Schriftsprache des iranischen Volkes ist Persisch. Die Verwendung lokaler und nationaler Sprachen in der Presse und den Massenmedien und der Unterricht ihrer Literatur in Schulen ist jedoch neben Persisch kostenlos.“ Dies wurde jedoch seit 43 Jahren nicht umgesetzt. Es ist seit 1979 verboten. Nicht nur im Bundesland Kurdistan sondern überall ist es verboten. Deshalb geben kurdische Aktivist*innen Kindern freiwillig den kurdischen Sprachunterricht und werden durch Spenden zum Erhalt ihrer Muttersprache finanziert. Deshalb werden sie ständig bestraft“, sagte sie.

Besuch im Kloster Knechtsteden

//Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin (Text + Fotos)



Herr Stefer, Ruheständler und ehemaliger Angestellter in der Verwaltung von Kloster Knechtsteden, führte uns Anfang Oktober 2021 durch die Klosteranlage, die in einem großen Naturschutzgebiet unweit von Dormagen beheimatet ist.

1130 gründete der Prämonstratenser Orden unter Norbert von Xanten den Fronhof Knechtsteden. Zu den Prämonstratensern schlossen sich geweihte Priester zusammen. Sie lebten in Armut und Keuschheit, waren gehorsam und diszipliniert. Sie rodeten umliegende Brachlandschaften und betrieben Landwirtschaft. Schon bald begann man mit dem Bau eines Klosters und ab 1138 mit dem Bau der romanischen Basilika, die 1181 fertiggestellt wurde. Im 15. Jahrhundert kam es durch burgundische Belagerungen zu Zerstörungen an der Klosteranlage und der Basilika. Die Ostapsis wurde 1477 im gotischen Stil erneuert. Im 18. Jahrhundert erlebte Knechtsteden eine Blütezeit, es war finanziell gut ausgestattet und viele Gebäude wurden im barocken Stil neu errichtet. Besonders gut erhalten aus dieser Zeit ist das Eingangstor der Klosteranlage.

Der Auflösung der Klöster und Kirchen unter Napoleon fiel auch Knechtsteden zum Opfer. Damit endete die jahrhundertelange Prämonstratenserzeit in Knechtsteden.

Nach mehrmaligem Besitzerwechsel erwarb die Stadt Köln den gesamten Komplex, um eine Heilstätte für Nervenranke zu errichten. 1869 vernichtete ein verheerender Brand die gesamte Anlage bis auf die Grundmauern. Es waren Bürger aus Köln, Neuss und Umgebung, die den Wiederaufbau der Basilika in Angriff nahmen. Besonders hervorzuheben ist - laut Herrn Stefer - Anton Scheben aus Köln, der 1879 einen Verein zum Wiederaufbau der Basilika gründete. 1890 wurde die Basilika wieder als Kirche genutzt, die riesige Klosteranlage lag als Brandruine brach, ohne Ordensgemeinschaft.

1894 wurde den Spiritanern erlaubt, das Gelände der Stadt Köln abzukaufen und Abt Amandus Acker erhielt die Vollmacht, Knechtsteden als Ordensniederlassung aufzubauen. Mit den Spiritanern zogen Missionare in Knechtsteden ein und errichteten eines der größten Missionszentren für den afrikanischen Kontinent. Zeugnisse dieser Missionsarbeit erkennt man laut Herrn

Stefer an vielen Kirchen, z. B. im ehemaligen Deutsch-Ostafrika oder auch auf Sansibar erinnert die Kathedrale an die Basilika Knechtsteden.

Auf dem Klostergelände bei Dormagen wurde Ende des 19. Jahrhunderts ein Junggymnasium mit Internat errichtet, eine philosophisch-theologische Hochschule für die Ausbildung der Priestermissionare, und es gab alle Handwerke mit Meisterbetrieben, in denen sich die Missionsbrüder ihr fachliches Können angeeignet hatten. Bis 1941 konnten sich die Klosterbewohner selbst versorgen, außerdem boten sie ihre Erzeugnisse in den benachbarten Gemeinden an. 1941 beschlagnahmten die Nationalsozialisten die florierende Anlage, die Ordensbrüder wurden zur Krankenpflege zwangsverpflichtet oder zum Militär eingezogen.

Nach dem 2. Weltkrieg kehrten die Spiritaner zurück und im Jahr 1951 zählte das Kloster seine meisten Bewohner - 499, aufgliedert in 130 Brüder, die in der Landwirtschaft und in den handwerklichen Berufen arbeiteten, 100 studierte Pater, die neben Missionstätigkeiten u. a. auch als Lehrer im angeschlossenen Norbert-Gymnasium eingesetzt wurden. Einige wenige Hilfskräfte



und mehr als 200 Internatsschüler ergänzen die Bewohnerzahl. „Not lehrt beten“ – so kann man laut Herrn Stefer diesen Zeitausschnitt charakterisieren.

Heute ist das Norbert-Gymnasium, das zum Teil restaurierte Klostergebäude nutzt, eine koedukative, christlich-katholische Angebotsschule mit etwa 1.200 Schüler*innen, angeschlossen ist ein Sportinternat für Fechten, Handball, Leichtathletik und Taekwondo.

Bis zum Jahr 1980 wurden rund 1.000 Missionare – Brüder und Patres – von Knechtsteden nach Übersee entsandt. Die philosophisch-theologische Hochschule wurde im Jahr 1966 geschlossen, die letzten Handwerksbetriebe – eine Schusterwerkstatt durften wir besichtigen – haben in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts ihren Betrieb eingestellt.

Im „Missionshaus“ leben z. Zt. 27 Ordensleute, davon vier jüngere, afrikanische Mitbrüder, die im Sinne der Interkulturalität ihre missionarische Berufung in Deutsch-

land verbringen. Zum Teil arbeiten sie in der Pastoral der Erzdiözese Köln mit.

22 Mitbrüder, von denen der älteste 89 und der Jüngste 73 ist, – der derzeitige Altersdurchschnitt erreicht die 78er Marke – haben größtenteils in Übersee in den Missionen gearbeitet und verbringen hier ihren Lebensabend.

Die größte, mittelalterliche Klosteranlage im Erzbistum Köln ist frei zugänglich. Im Innenraum der dreischiffigen Basilika entdeckt man schlanke Säulen und dicke Pfeiler im rhythmischen Wechsel, bekannt auch als „Rheinischer Stützenwechsel“. Die Kapitelle der Säulen und Pfeiler aus der Zeit von 1150 wurden in der damaligen Fassung wiederhergestellt. Auch die jeweiligen Basen sind farbig gefasst. Die Malereien in der Westapsis waren jahrhundertlang übertüncht und wurden erst mit dem Wiederaufbau ab 1879 freigelegt. Sie stammen aus dem 12. Jahrhundert und machen die Kirche besonders wertvoll. Christus sitzt in einer Mandorla (ital. für Mandel) auf einem Regenbogen.

Er ist umgeben von den vier Evangelistensymbolen und zusätzlich links von Petrus als Fürst der Apostel und rechts von Paulus als Lehrer der Völker. In der Klosterkirche gibt es nur wenige Figuren; hervorzuheben ist eine volkstümlich als „Not Gottes“ bezeichnete ca. 70 cm hohe Pietà-Figur aus dem 14. Jahrhundert am südlichen Chorpfeiler, deren farbige Fassung Ende des 19. Jahrhunderts erneuert wurde.

Herr Stefer begeisterte uns mit seiner detailreichen Führung. In der Sakristei durften wir feingestickte Priestergewänder aus mehreren Jahrhunderten bewundern. In der historischen Bibliothek wurde im wahren Sinne des Wortes ein dickes Buch aufgeschlagen. Schnell waren mehr als zwei Stunden vergangen. Ein Besuch im angeschlossenen Klosterladen lohnt. Das weiterhin nach Rezepten des Klosters gebackene Schwarzbrot trainiert die Kauwerkzeuge beim Frühstück oder Abendbrot und erinnert an einen ereignisreichen Ausflug.

Einladung zur Ausstellung „Harald Naegli in Köln – Sprayer und Zeichner“

Die Ausstellung untersucht die kreativen und politischen Wechselwirkungen zwischen der Stadt und dem Künstler, der nicht nur zu den ersten Street-Art Künstler*innen Kölns, sondern Europas zählt.

Schnütgen-Museum: Dienstag, 22. März 2022

Treffpunkt an der Museumskasse: um 11.45 Uhr

Dauer der Führung 60 Minuten

Kosten: 5 Euro

Leider wird eine verbindliche Zusage für die erlaubte Gruppengröße z. Zt. nicht gegeben. So kann es sein, dass wir zwei Führungen versetzt um 30 Minuten angeboten bekommen. Darüber werden wir Sie zeitnah (spätestens Anfang März) per E-Mail oder Telefon informieren.

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Bei allen Führungen und Ausflügen unserer Ruheständler*innen gelten die jeweiligen Auflagen des Veranstaltungsortes sowie die zu diesem Zeitpunkt gültigen Corona-Regelungen des Stadtverbands Köln der GEW. Wir bitten dies bereits bei der Anmeldung zu den Veranstaltungen zu beachten und die Nachweise am Veranstaltungstag vorzuweisen. Vor allem hoffen wir natürlich, dass endlich wieder die geplanten Führungen unserer Ruheständler*innen stattfinden und dass abgesagt Führungen der Vergangenheit nachgeholt werden können!

Einladung zur Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“

im Gasometer Oberhausen, Donnerstag, 21. April 2022

Treffpunkt im Kassenbereich: um 11.15 Uhr, als Besuchergruppe erhalten wir einen gesonderten Einlass ohne Wartezeit.

Beginn der Führung: 11.30 Uhr, einstündige Führung mit Frau Daniela Scharf, Kosten: 8 Euro

Danach sollte man laut Veranstalter für die Besichtigung der Erdkugel und der Aussichtsplattform eine weitere Stunde einplanen.

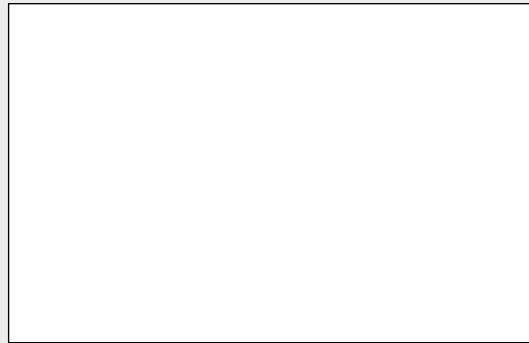
Anfahrt mit der Bahn: Es besteht die Möglichkeit ab Köln oder Bergisch Gladbach ein SchönerTagTicket gemeinsam zu nutzen. Sollten Sie dies wünschen, bitte unbedingt bei der Anmeldung angeben.

Abfahrt ab Köln 9.31 Uhr mit dem RE 5 voraussichtlich Gleis 1 A-C an Oberhausen 10.26 Uhr; von Oberhausen Hbf mit jedem Bus oder jeder Bahn ab Terminal 1 bis zur Haltestelle „Neue Mitte“. Von dort aus ist es nur ein kurzer Fußweg zum Gasometer.

Rückfahrt mit dem RE 5 um 14.33 Uhr oder 15.33 Uhr nach Köln – Ankunft etwa eine Stunde später.

Anfahrt mit dem Auto: A42 Ausfahrt Oberhausen-Zentrum, in Richtung Zentrum fahren. Der Gasometer Oberhausen ist ausgeschildert. Die Adresse für das Navigationssystem: Arenastraße 11, 46047 Oberhausen

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.



Aufruf zum weltweiten Klimastreik am 25. März 2022

Es ist so weit! Bald schon laufen die ersten hundert Tage der neuen Ampelkoalition ab, doch die großen Versprechen im Klimaschutz sind noch offen. Deshalb streiken wir am 25.03. wieder gemeinsam, global und laut für echte Klimagerechtigkeit. // **FFF**



Auch wenn in Deutschland mittlerweile eine neue Koalition regiert und wir seit drei Jahren auf den Straßen stehen, hat sich unsere Forderung nie geändert. Wir kämpfen für ein konsequentes Einhalten der 1,5-Grad-Grenze und somit für die Bewahrung einer lebenswerten Zukunft der heutigen und vor allem der künftigen Generationen. Doch wir wissen schon lange, dass der benötigte Wandel kein Sprint, sondern ein Marathon ist. Wir sind die Läufer*innen die den Wandel vorantreiben und nicht locker lassen! Also sei am 25.03. dabei und mache dich gemeinsam mit deinen Bekannten, Familienmitgliedern und Freunden stark für den dringend benötigten Wandel.

Während vor allem im globalen Süden Menschen schon heute ihre Lebensgrundlagen oder gar ihre Leben aufgrund von Extremwetterereignissen verlieren, werden absurde Forderungen innerhalb der EU laut, fossile Energieträger als nachhaltig einzustufen. Wir steuern gerade auf die 3° Erderwärmung zu, doch politisch passiert nichts, was dem Ausmaß der Gefahr die mit der Klimakrise einhergeht, gerecht wird. Die Ampelkoalition gibt sich zwar ein kleines bisschen mehr Mühe als die GroKo, doch das heißt noch längst nicht, dass das auch genug ist. Sie ist angetreten mit einer Klimaschutz-Agenda, mit großen Wahlkampfversprechen und guten Worten, hat

dann aber genau die Maßnahmen, die schnell Emissionen reduzieren würden, aus dem Koalitionsvertrag gestrichen. Das zeigt einmal mehr, dass ohne uns keine wahre Veränderung funktioniert. Es kommt auf dich und mich und jede*n einzelne*n an. Gemeinsam haben wir schon vieles geschafft, jedoch noch längst nicht genug.

Wir fordern, die Interessen der Menschen über die Interessen von Lobbyisten und fossilen Konzernen zu stellen. Von der Energie- wende über die Landwirtschaftswende bis zur Verkehrswende: Es reicht nicht, was die Bundesregierung derzeit plant, um einer katastrophalen Klimakrise auszuweichen und somit das Pariser Abkommen einzuhalten. Wenn wir von Klimaschutzgerechtigkeit sprechen, dann meinen wir damit, dass wir die nötigen, sehr umfangreichen Veränderungen, die sich durch unser aller Leben ziehen werden, sozial gerecht umsetzen. Das bedeutet, dass die, die in unserer Gesellschaft bereits ganz unten stehen, nicht noch weiter belastet werden. Wir schaffen es nur die Veränderungen umzusetzen, wenn wir als Gesellschaft zusammenhalten und gemeinsam unser Ziel vor Augen sehen.

(<https://fridaysforfuture.de/bist-du-dabei-klimastreik-am-25-maerz/>; Stand: 25.01.2022)